

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
L. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus“,
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Herausgeber: Dr. med. Dr. jur. Dr. phil. Dr. oec. Dr. h. c.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 96 M. Pfg., in den Ausgabestellen: 96 M. Pfg., durch die Träger ins Haus gebracht: 1.00 M. — für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenspreise: Ortliche Anzeigen 20 M. Pfg., auswärtige Anzeigen 30 M. Pfg., Ortliche Reklamen 1.00 M., auswärtige Reklamen 1.20 M. für die einseitige Kolonellseite oder deren Raum. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 343.

Donnerstag, 24. Dezember 1931.

79. Jahrgang.

Einigung in Basel.

Der Sachverständigenbericht unterzeichnet. — Keine Empfehlung, die Tribute zu streichen. Die Regierungen haben das Wort.

Das Ende des Borgefehds.

as. Berlin, 24. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) In letzter Stunde und nach dramatischer Zuspitzung ist gestern in Basel die Einigung erzielt worden. Der Bericht wurde von sämtlichen Sachverständigen unterzeichnet und es ist damit vermieden worden, daß ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht zustande kam. Im Wortlaut liegt der Bericht im Augenblick noch nicht vor, sondern man hat zunächst einen umfangreichen Auszug bekanntgegeben, der auch gestern noch von den amtlichen deutschen Stellen sofort geprüft worden ist.

Im allgemeinen wird man nach der ersten flüchtigen Kenntnisnahme sagen können, daß der tatsächliche Bericht sachlich ist, daß aber die Schlussfolgerungen lückenhaft sind.

Jedenfalls ergibt sich aus dem vorliegenden Auszug, daß sich weder die deutschen noch die französischen Ansprüche hundertprozentig durchgesetzt haben. Es ist vielmehr auch hier wieder ein Kompromiß zustande gekommen, das aber bekanntlich keine Entscheidung bringt, da ja Basel nur das Borgefecht für die große Reparationskonferenz war, die im Januar tagen soll. Im Gegensatz zu früheren Sachverständigenberatungen hat man sich in Basel bei der Betrachtung der Wirtschaftslage keine rosenrote Brille aufgesetzt. Man erkennt den Schrumpfungstypus in der deutschen Wirtschaft an. Man muß feststellen, daß ein Drittel des deutschen Wirtschaftslebens aufgehört hat, man verweist auf die große Arbeitslosigkeit, man muß sogar zugeben, daß die deutschen Steuerlasten nicht mehr erhöht werden können und man verkennet auch nicht, daß die deutsche Ausfuhr sich im kommenden Jahr weniger günstig entwickeln wird, als im guten Ausfuhrjahr 1931. Es fehlt in dem Sachverständigenbericht nicht ganz der Hinweis auf die große Steigerung der Ausgaben, die das Reich in der Zeit der guten Konjunktur vornahm. Gewisse scharfe deutsche Kritiken an dieser Ausgabenwirtschaft sind von den Sachverständigen des Auslandes offenbar in diesem Kampfe gern benutzt worden.

Auf der anderen Seite wird aber auch anerkannt, daß die Regierung alle Maßnahmen zur Be-

Kämpfung der Krise und zur Erfüllung ihrer Pflichten getroffen hat.

Diese Feststellung ist wichtig gegenüber jenen französischen Politikern, die unter Hinweis auf gewisse Sanktionsvorbehalte im Young-Plan schon davon glauben sprechen zu können, daß Deutschland böswillig seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Es wird jetzt im Gegenteil festgestellt, daß Deutschland alles erforderliche getan hat. Der französische Delegierte Rist hat auch nicht durchgehen können, daß in den Bericht von irgendeiner Mitschuld Deutschlands an der Krise gesprochen wird.

Dafür fehlt aber auch in dem Bericht die klare und eindeutige Feststellung, daß die Reparationen eine der wesentlichsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise sind.

Der allein der Lage gerecht werdende Antrag des holländischen Delegierten, der Ausschuss solle den Regierungen die Streichung aller Tribute empfehlen, ist unter den Tisch gefallen. Man begnügt sich mit der Feststellung, daß zur Wiederherstellung des Vertrauens die Anpassung sämtlicher zwischenstaatlichen Schulden, also sowohl der Reparationen, sowie der Kriegsschulden, an die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise nötig sei.

Es scheint, als ob man damit den Regierungen für später die Möglichkeit habe geben wollen, eine Wiederaufnahme dieses verderblichen Zahlungssystems in späteren Jahren zu fordern.

Auch mit der Betonung, daß die Reichsbahn ein gesundes Unternehmen sei, das später wieder große Überschüsse ergeben würde, ist offenbar die gleiche Absicht verfolgt worden.

Nachdem die Sachverständigen gesprochen haben, haben nun die Regierungen das Wort, an die der Sachverständigenbericht nachdrücklich appelliert. Dieser Appell an die Regierungen zeigt die Bedeutung und Verantwortung der kommenden großen Reparationskonferenz, die noch weit schwerere Kämpfe für Deutschland bringen wird, als sie jetzt in Basel durchgesehen waren.

Die Ehrenrettung Deutschlands.

„Der Artikel § 231 des Versailler Vertrages ist die größte Lüge, die die Geschichte kennt.“ Von diesem Gedanken ausgehend, hat Hermann Müller (Brandenburg) den Versuch gemacht, die Kriegsschuldfrage Deutschlands geschichtlich zu widerlegen. Aber nicht defensiv wie man leithet die Sache meistens behandelt hatte, sondern aggressiv. Aus den veröffentlichten diplomatischen Akten aller Länder und wichtigen sonstigen Dokumenten und Erscheinungen hat er seine im ganzen wichtige Anklage gegen unsere Feinde erhoben. Nicht wir, die systematische Arbeit Rußlands und Frankreichs, war schuld an dem Weltkrieg. „Die Schuld der anderen und der Betrug von Versailles“ nennt er darum sein lehrreiches Buch. (Schliefen-Verlag, Berlin SW. 11.)

Der mit großem Fleiß zusammengestellte Zeitkalender aller diplomatischen Schritte der Entente und der Verbündeten aus den Jahren 1912, 1913 und 1914 ist wirkungsvoll und zeigt eine klare und bewußte Vorbereitung des Weltkrieges durch Rußland. Beeinträchtigt wird leider der Wert der Darstellung dadurch, daß auf die Angaben der jeweiligen Quellen verzichtet wird und im Anhang nur im allgemeinen die Dokumente angegeben werden. Eine Nachprüfung für die einzelnen Behauptungen ist so dem mit der Materie nicht Vertrauten unmöglich und er ist auf das Vertrauen zum Autor angewiesen. Nicht benutzt ist ferner der soeben erschienene Band diplomatischer Akten, der auf Veranlassung der amerikanischen Regierung herausgegeben wurde und der den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg behandelt.

Während der Verfasser sich bemühte, positiv die Kriegsschuldfrage zu widerlegen, während lange Jahre lang offizielle, offiziöse und private Publikationen sich abplagten, gegen den § 231 des Versailler Friedensvertrages Sturm zu laufen, hat sich eine unmerkliche, dafür um so bedeutendere Wandlung vollzogen. Aus Frankreich kommt die überraschende Kunde, daß in dem berichtigten Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages gar nicht die Schuld Deutschlands am Kriege behauptet werde. Diese Feststellung stammt nicht von einem Irgendwer. Camille Bloch und Pierre Renouvin bedeuten ein Gewicht. Sie sind nicht nur Sachverständige in der Kriegsschuldfrage im allgemeinen. Sie sind mit dem großen französischen Außenwerk betraut, das die Politik der europäischen Kabinette behandeln soll. Sie sind die Offiziere der französischen Regierung. Welche Bedeutung sie selbst ihrer These beimessen, mag man daraus ersehen, daß sie nicht weniger als fünf Spalten des „Temps“ mit seinem Großformat benutzt und den Artikel mit ihrer beider Namen gezeichnet haben. Und diese überraschende These belagt nicht mehr oder weniger als dies: Der Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages ist bisher falsch gewesen und von der ganzen Welt falsch verstanden worden. Er enthält gar keine moralische Verurteilung der deutschen Vorkriegspolitik, er spricht sich überhaupt nicht über die Kriegsschuld Deutschlands aus. Er behauptet lediglich, daß Deutschland schuld an dem Sachschaden sei, der durch den Krieg verursacht worden ist und daß es diesen Sachschaden wieder gut machen solle.

In der amtlichen deutschen Übersetzung lautet der Artikel: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“ Als die deutsche Delegation in Versailles das Wort „Angriff“ hörte, protestierte sie dagegen. Sie sagte das Wort als gleichbedeutend mit Schuld auf. Wer angreift, ist schuld am Krieg. Sie wurde in dieser Auffassung bestätigt durch die von Clemenceau im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen im Ultimatum und in der Mantelnote vom 16. Juni 1919 erteilte scharfe Formulierung der Schuld Deutschlands. Und wir und die ganze Welt mit uns glaubte an den verhängnisvollen Irrtum, daß der Friedensvertrag unsere Schuld enthalte.

Es war ein Irrtum. Das Wort Urheber bedeutet keineswegs Urheber des Krieges. Kein vernünftiger Mensch kann das aus der Fassung herauslesen. Es bezieht sich bloß auf die Schäden und wäre besser als Urheber zu überlegen. Das ist der eine Teil der These. Sie ist verblüffend in ihrer Einfachheit. Und der zweite Teil ist ebenso verblüffend. „Angriff“ ist nicht gleichbedeutend mit „Schuld“. Angriff belagt bloß eine zeitliche Tatsache; das Wort „Angriff“ will uns sagen, die ersten Kampfhandlungen sind von Deutschland ausgegangen, aber Angriff belagt weder historische noch

Vor Ausarbeitung der Versicherungsreform.

Ein Monat der Sozialversicherungen. — Neue Reichsbehörde?

Berlin, 24. Dez. (Eig. Drahtmeldung). Obwohl die letzte Notverordnung zu einem erheblichen Teil von Fragen der Sozialversicherungen bestimmt ist, wird der erste Monat im neuen Jahr wiederum fast unter dem Zeichen der Sozialversicherungen stehen. Die immer noch bestehende Notlage der Invalidenversicherung ist zu beseitigen und gleichzeitig wird das Reichsarbeitsministerium die geplante große Verwaltungsreform der Sozialversicherungen in Angriff nehmen.

Wie wir hören, will man eine entsprechende Gesetzesvorlage bis zum Zusammentritt des Reichstages im Februar fertiggestellt haben, damit das Parlament sich dann mit größter Beschleunigung dieser Aufgabe widmet.

Der Reichsarbeitsminister hält nach wie vor daran fest, diese politisch höchst bedeutsame Verwaltungsreform nicht mit Artikel 48 in Kraft zu setzen.

Die Vorarbeiten für die Verwaltungsreform der Sozialversicherungen sind inzwischen schon recht weit gediehen, aber nimmert steht man auch vor den schwierigsten politischen Entscheidungen, bei denen das große Problem der Reichsreform ebenfalls eine Rolle spielt.

Der am meisten diskutierten Referentenentwurf steht nämlich in Abänderung der Reichsversicherungsordnung für die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung — evtl. würde man auch die Angestelltenversicherung einbeziehen — die Schaffung einer neuen Reichsbehörde vor.

Diese Reichsbehörde würde in Parallele zu den Landesarbeitsämtern, Landessozialämtern bestehen, während in der unteren Stufe für die Stadt- und Landkreise ein Sozialamt geschaffen werden soll. Dabei hat man auch erwogen, in dieser neuen Organisation die Versicherungsbehörde mit dem Versicherungsträger zusammenzulegen. Dieser Plan hat aber bereits erhebliche Widerstände hervorgerufen. Verschiedene Länder, wie vor allem Bayern, die unverbündlich informiert worden sind, haben sich deutlich gegen die damit verbundene Aufhebung der Versicherungs- und Oberversicherungsämter ausgesprochen, während auf der anderen Seite vom Gedanken der Reichsreform darauf hingewiesen wird, daß die Länderkonferenz neue Sonderbehörden des Reiches nicht gebilligt hat und vielmehr den Gedanken der Auftragsverwaltung in den Vordergrund stellte. Dem Reichsarbeitsminister kommt es darauf an, auf die Sozialversicherungen aber einen stärkeren kontrollierenden Einfluß zu gewinnen, und man muß nun abwarten, welchen Weg er für richtig hält.

Die Postgebühren werden gesenkt.

Im Paket- und Fernsprechverkehr.

Berlin, 23. Dez. Das Reichskabinett stimmte in seiner heutigen Sitzung der Senkung von Postgebühren mit Wirkung vom 1. Januar 1932 zu. Die Senkung soll sich, um bei der Höhe des zur Verfügung stehenden Betrages von 120 Millionen Mark wirksam zu sein, auf zwei wichtige Verkehrszweige, den Paket- und den Fernsprechverkehr, erstrecken. Bereits am 28. Dezember wird der Arbeitsausschuss des Reichspostverwaltungsrates und am 29. Dezember das Plenum des Verwaltungsrates zusammentreten, um die endgültige Entscheidung zu treffen, insbesondere um die Einzelheiten der Gebührensenkung festzusetzen.

Die Durchführung der Preissenkungsaktion.

Der Strompreis. — Senkung der Fleischerpreise.

Berlin, 23. Dez. Über die Durchführung der Preissenkungsaktion wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß der Finanzminister der Berliner Verkehrsgesellschaft die Beförderungssteuer solange erlassen hat, wie der neue ermäßigte Tarif bestehen bleibt.

Aber die Senkung der Strompreise sind Verhandlungen im Gange. Der Reichskommissar hat an sämtliche Elektrizitätswerke Deutschlands ein Schreiben gerichtet, in dem er sie bis zum 10. Januar zum Bericht über ihre beabsichtigten Preissenkungsmahnahmen auffordert. Wer bis zu diesem Termin eine 10prozentige Preissenkung durchgeführt hat, ist von diesem Bericht befreit.

Der Deutsche Fleischerverband hat sich in den Verhandlungen mit dem Preisüberwachungskommissar bereit erklärt, seinen Mitgliedern die Herabsetzung der Buttopreisspannen zu empfehlen, die bei Schweinefleisch 15 Pf., bei Rindfleisch 20 Pf., bei Kalb- und Hammelfleisch 25 Pf. je Pfund höchstens betragen solle. Die Erhöhung der Umsatzsteuer wird vom Gewerbe getragen. Der Reichskommissar hat sich bereit erklärt, zurzeit von einer amtlichen Festsetzung der Preispannen abzusehen.

Die Baseler Verhandlungen beendet.

Der Weg zur Neuordnung des Schuldenproblems frei.

Keine Vorbehalte.

Basel, 23. Dez. Der Bericht des Beratenden Sonderausschusses der V.3. wurde heute abend gegen 10 Uhr in einer nichtöffentlichen Vollversammlung des Ausschusses unter Vorsitz von Professor Beneduce (Italien) von sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet. Bevor die Mitglieder ihre Unterschrift unter das umfangreiche Dokument setzten, wurde der Bericht, der bis jetzt nur in englischer Sprache vorliegt, von dem Chefdeputierten des Ausschusses, Oberregierungsrat Dr. Michaelis (Berlin), Abschnitt für Abschnitt vorgelesen. Die Verhandlung des Berichts erfolgte debattelos. Einwendungen wurden von keinem Mitglied erhoben.

Der Bericht trägt nunmehr die Unterschriften folgender Persönlichkeiten: Beneduce (Italien), Michaelis (Deutschland), Lantoni (Großbritannien), Rist (Frankreich), Francqui (Belgien), Colijn (Holland), Rabbea (Schweden), Bindelberg (Schweiz), Djuritch (Südslawien), Nogara (Japan).

Die Mitglieder des Ausschusses haben größtenteils sofort nach Beendigung der heutigen Sitzung Basel wieder verlassen.

Aus dem Inhalt.

Der Bericht wird den beteiligten Regierungen und der V.3. von dem Vorsitzenden des Ausschusses Beneduce übermittelt werden. Er besteht aus vier Kapiteln und verschiedenen Anlagen, die die Ergebnisse der Arbeiten der Untersuchungsausschüsse für die Auslandsverschuldung und die Auslandsausgaben Deutschlands, für den Reichshaushalt und die Reichsbahn enthalten.

Der Ausschuss stellt in Artikel 4 in seinen Schlussfolgerungen zunächst einmal fest, daß Deutschland den ausstehenden Teil der Annuitäten nach Ablauf des Hoover-Jahres nicht zu transferieren vermag. Er weist indessen auf die beispiellose Schwere der Krise hin, deren Ausmaß unzweifelhaft die „verhältnismäßig kurze Depression“ übersteigt, die der Neue Plan ins Auge faßt. Der Neue Plan ging von der ständigen Ausdehnung des Welthandels aus, innerhalb deren die Reparationszahlungen ein Faktor von abnehmender Bedeutung werden würden. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten.

Nicht nur ist der Umfang des Welthandels zusammengestürzt, sondern auch das außerordentliche Fallen des Goldpreises hat die tatsächlichen Lasten der deutschen Annuitäten wie alle in Gold festgelegten Zahlungen um 40 Prozent erhöht.

Das deutsche Problem, das in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, erhebt sich daher ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann. Das Problem hat weltweite Bedeutung, und es muß in viel weiterem Maßstabe als dem durch Deutschlands Lage allein gegebenen behandelt werden. Der Wiggins-Ausschuss hat bereits eine außerordentlich ernste Warnung ausgesprochen. Die Ereignisse warteten nicht.

Die Krise hat gewaltige Dimensionen angenommen. Wenn nichts geschieht, werden die eingetretenen Schwierigkeiten Verbote weiterer Katastrophen sein. Durch die Rückwirkungen des Wirtschaftslebens auf die politische Lage und umgekehrt wird die allgemeine Lage noch mehr verwirrt. Bei diesem verwickelten Problem müssen von den Regierungen die Tatsachen berücksichtigt werden, die der wirklichen Lage entsprechen, nur nach wirtschaftlichen Gegebenheiten behandelt werden können.

Gewisse Betrachtungen erscheinen dem Ausschuss von größter Wichtigkeit:

Transferierungen von einem Lande in einem Umfang, der die Zahlungsbilanz erschüttert, müssen das augenblickliche Chaos noch verschärfen.

Die Befreiung eines Landes von nur unerträglichen Lasten würde möglicherweise die Last auf ein Gläubigerland abwälzen, das in seiner Eigenschaft als Schuldner seinerseits nicht in der Lage ist, die Last zu tragen.

Der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen wiederherstellen kann, ist die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und andere Kriegsschulden) an die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt.

Endlich sind Schritte notwendig, um den energischen Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung verteidigt, dauernde Wirkung zu sichern.

Der Ausschuss richtet an die Regierungen den Appell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen und damit neue Hoffnung auf eine Besserung der schweren Krise zu erwecken, die gleichermäßen auf allen lastet.

Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die gegenwärtige Lage.

Der Bericht hebt die besondere Empfindlichkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber der Kreditkrise hervor. Er weist auf

Das Moratorium von Hoover unterzeichnet.

Eine Erklärung des Präsidenten.

Washington, 23. Dez. Präsident Hoover hat heute den Gesetzentwurf über das Moratorium unterzeichnet. Es ist dadurch formell in Kraft getreten. Anlässlich der Unterzeichnung des Moratoriums erklärte Hoover:

Der Vorschlag eines Zahlungsausschusses hat eine Katastrophe verhütet, die auch Amerika erschüttert und dem amerikanischen Volke das Vielfache des jetzt in Frage kommenden Betrages gekostet hätte. Kein Teil der Amerika zurechnenden Schuld ist gestrichen oder herabgesetzt worden, und der aufgesehene Betrag ist in etwa zehn Jahren mit 4 Prozent nachzuzahlen. Indem das amerikanische Volk durch den einjährigen Aufschub Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahrte, tat es etwas, das größer ist als die Dollar und Cents, die wir durch Erhaltung unserer Absatzgebiete für Farmprodukte, durch Verhütung einer Panik und Verminderung unbestimmbarer Verluste gewinnen.

Haftentlassungen im Heildorf-Prozess.

Berlin, 23. Dez. Die Strafkammer des Landgerichts beschloß im Haftprüfungstermin, die Haftbefehle gegen die drei verurteilten Angeklagten, Fried, Bark und Ruhn, des Heildorf-Prozesses aufzuheben. Die übrigen Haftentlassungsanträge der Verteidiger wurden abgelehnt.

die hohe kurzfristige Verschuldung hin. Die Ausfuhrüberschüsse der letzten Zeit hätten ein gewisses Gegengewicht gegen die jüngsten Kreditabzüge geschaffen. Es erscheine aber zweifelhaft, ob die wirtschaftlichen Bedingungen Ausfuhrüberschüsse in der bisherigen Höhe gestatteten. Jedenfalls seien die Ausfuhrüberschüsse nicht sofort realisierbar, um damit kurzfristige Schulden sofort zurückzahlen.

Eine Schätzung der deutschen Zahlungsbilanz für das Jahr 1931 zeige den hohen Anteil, der von dem Ausfuhrüberschuss für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Auslandschulden und der Reparationszahlungen vor dem Hoover-Plan verwendet werden mußte. Deutschland habe eine überlegte Preis- und Lohnsenkungspolitik verfolgt, um seine wirtschaftliche Lage gegenüber dem Ausland so weit wie möglich zu schützen. Preise und Löhne seien durch die letzte Notverordnung weiter gesenkt. Der Produktionsindex liege bei 100 Prozent 1928 im September dieses Jahres auf 86 Prozent.

Ein Drittel des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands habe aufgehört. Die Arbeitslosigkeit sei weiter gestiegen. Die Lage der Landwirtschaft sei durch die Entwicklung ebenfalls betroffen. Die Steuerlast sei nach Auffassung des Ausschusses so hoch gestiegen, daß für eine weitere Erhöhung kein Raum mehr sei.

Die Wirtschaftskrisis zeige sich auch in den Einnahmerückgängen der Reichsbahn. Was die künftige Lage der Reichsbahn angehe, so sei der hierfür eingelegte Untersuchungsausschuss zu der Schlussfolgerung gekommen, daß die Reichsbahn im Grunde ein gesundes Unternehmen und bei Beobachtung kaufmännischer Grundsätze künftig einen Betriebsüberschuss zu erzielen in der Lage sei, und zwar einen Überschuss, wie ihn die übrigen großen Auslandsbahnen erzielen, vorausgesetzt, daß Deutschland und die Welt das Gleichgewicht wiedergewonnen haben und normale wirtschaftliche Verhältnisse eintreten.

Die größten Schwierigkeiten bei der Abfassung des Berichts hat bekanntlich das zweite Kapitel verursacht, das die Umstände und Verhältnisse, die zu der gegenwärtigen Lage geführt hatten,

schildert. Der Rückgang in der Konsumkraft breiter Massen habe eine Verminderung oder sogar ein vollständiges Verschwinden der Rentabilität, schwere Arbeitslosigkeit und einen Niedriggerstand in den Börsenwerten herbeigeführt. Die Erhöhung der Zollmauern mehrte die bereits von dem Wiggins-Komitee geschilderten Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern, da Zahlungen von einem Lande an das andere schließlich nur in Form von Waren gemacht werden könnten. Deutschland hätte einen starken Kapitalbedarf gehabt, um die durch den Krieg, seine Nachwirkungen und die Inflation geschaffenen Lücken auszufüllen.

Von dem seit 1924 eingeströmten Auslandskapital in Höhe von 18 Milliarden Mark seien 10,3 Milliarden durch Reparationen aufgezehrt.

Insgesamt habe Deutschland von 1924 bis 1929 rund 33 Milliarden Kapital investiert, davon 22 Milliarden in öffentlichen Anlagen, Wohnungsbau, Gas, Wasser usw. Diese Summen stammten zum Teil aus Eigenkapital, zum Teil aus Auslandskapital. Der hohe Anteil des kurzfristigen Auslandskapitals habe Deutschland besonders verwundbar gemacht. In den Jahren 1928/30 seien ebenso wie die Steuereinnahmen auch die Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden stark angestiegen, und zwar von 17,2 auf 20,8 Milliarden. Die Ausgaben für Wohnungsbau, Bildungswesen und Wohlfahrtswesen machten hieron 43 Prozent aus. Stark gestiegen waren ferner die öffentlichen Schulden, die 1931 insgesamt 24 Milliarden betrugen. Die steigende Ausgabenpolitik sei oft revidiert worden, ebenso wie das System des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, das die Kontrolle über die Ausgaben von der Verantwortung für die Erhebung mindestens eines beträchtlichen Teiles der Einnahmen trennte. Am Schluss dieses Kapitels wird eine allgemeine Betrachtung angestellt. So außergewöhnlich jetzt auch die Krise sei, so sei doch noch jeder Krise ein Aufschwung gefolgt. Die starke wirtschaftliche Aufrüstung Deutschlands könne jetzt zwar nicht voll ausgeglichen werden, aber wenn man auch den Punkt der wirtschaftlichen Stabilität nicht voraussehen könne, so sei es doch nicht weniger sicher, daß diese Stabilität erst mit Hilfe der im Kapitel 4 gemachten Vorschläge erreicht werden könne.

Das Kapitel 3 schildert die deutschen Sondermaßnahmen zur Bekämpfung der Krise.

Es wird hervorgehoben, daß diese zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung und des Haushalts getroffenen Maßnahmen den entschlossenen Willen der Reichsregierung zu erkennen geben, der Lage gerecht zu werden.

Die Welt in Waffen.

Am Ende des Jahres 1931.

Berlin, 24. Dez. (Eig. Drahtmeldung). 24 Staaten haben dem Völkerbund amtliche Veröffentlichungen über den Rüstungsstand 1930/31 zugehen lassen. Diese Übersichten ergeben ein charakteristisches Bild für die Höhe des gegenwärtigen Rüstungsstandes. Nach dieser Übersicht, bei der allerdings Sowjetrußland fehlt, besitzt das stärkste Heer Frankreich, und zwar beträgt die Stärke des aktiven Heeres mit den Luftverbänden und den militärisch organisierten Verbänden 692 366. Dazu kommen 4,5 Millionen ausgebildete Reservisten. Das zweitstärkste Heer weist Italien auf mit rund 500 000 Mann. Es folgt dann Polen mit 330 000 Mann und 2,5 Millionen ausgebildeten Reservisten. Rumänien verfügt über ein Heer von 315 000 Mann. England über ein solches von 304 000 Mann, Japan über 276 000 Mann. Südslawien 223 000 Mann. Spanien 162 000 Mann. Amerika 154 000 Mann.

Die amtliche Prüfung von Bausparkassen.

Berlin, 23. Dez. Der Senat beim Reichsaufsichtsamt für das Versicherungsgewerbe hat, nachdem das Amt in der letzten Zeit eine größere Anzahl von Bausparkassen an Ort und Stelle geprüft hatte, entschieden, daß in fünf Fällen Antrag auf Eröffnung des Konkurses zu stellen ist. In sechs Fällen hat der Senat die Betriebsunterbrechung ausgesprochen, bei drei Bausparkassen hat er gleichzeitig die Aufsichtseinführung eines Vermögensverwalters angeordnet.

politische noch moralische Wertung. Ein Angriff braucht seiner Natur nach nicht eine Schuld zu bedeuten, weder im privatrechtlichen noch im völkerrechtlichen Sinne. Zwar war es in der diplomatischen Sprache und in der politischen Moral vor dem Kriege gang und gäbe, einen Angriff als etwas unmoralisches zu empfinden. Man sah den Angriff auf das Bestehende als etwas moralisch zu Beurteilendes. Aber das internationale Völkerrecht ging neben diesem Ressentiment seine rechtlichen Wege. Es kennt auch den Angriffskrieg, in bestimmten Fällen als etwas durchaus schuldlos, wie denn in der Notwehr der Schuldlose der Angreifer sein kann.

Bloch und Renouvin begnügen sich nicht mit diesen allgemeinen juristischen Deduktionen. Sie verweisen auch auf die Entstehungsgeschichte des § 231. Die Frage der Reparationen und die Frage der Kriegsschuld ist in verschiedenen Kommissionen geprüft worden. Die Kommission für die Reparationen hat die Möglichkeit, die Reparationen mit der Schuldfrage zu verquiden, ausdrücklich verworfen. Ebenso hat nach Bloch und Renouvin Forschungen die Kommission für die Schuldfrage ein Urteil über die Schuld der deutschen Vorkriegspolitik abgegeben. Die „Ansichten“, die der deutschen Kommission bekannt wurden — durch eine Indiskretion — waren eben nur Ansichten, keine endgültigen Fassungen. Bloch und Renouvin machen sich auch die von den Deutschen oft vorgebrachte Deutung zu eigen, daß der Artikel 231 kein einziges Wort von einer deutschen Schuld enthalte. Er enthalte keine einzige Andeutung und keine einzige Äußerung darüber, was über die deutsche Außenpolitik von 1871 an zu urteilen sei.

Diese von offiziöser und autoritativer Seite erfolgte Auslegung ist von einer Kaltblütigkeit, die frappiert. Die Kriegsschuldfrage wird ad acta gelegt. Deutschlands Kampf um seine Ehre ist gewonnen. Das grausige Dölkement von Versailles enthält nichts von einer Anklage. Der Artikel 231 ist nichts anderes als die Anwendung des zivilrechtlichen Grundgesetzes, daß jemand, der durch sein Verhalten Schaden zugefügt hat, auch für diesen Schaden verantwortlich ist. Was ist nun mit dieser Auslegung gewonnen? Die Ehrenrettung Deutschlands ist erfolgt. Aber die rechtlichen Grundlagen der Reparationen nicht angegriffen. Im Gegenteil, sie sind erneut festgelegt. Was nun? Die Vernunft bricht sich Bahn. Der Fall Bloch und Renouvin beweist, daß die Wahrheit marschiert. Sie wird auch nachweisen, daß die Reparationen in sich, einerlei um ihre Begründung, unhaltbar seien. Diese Wahrheit hat nachgerade die ganze Welt erobert, Frankreich kann sich auf die Dauer dieser Erkenntnis nicht verschließen.

Die Bedenken der Kommunen gegen die Preußenverordnung.

Die Berufsschulen gefährdet.

Berlin, 23. Dez. Die großen kommunalen Spitzenorganisationen haben bereits bei den Vorverhandlungen über die nun erschienene neue preußische Notverordnung ihre ersten Bedenken den zuständigen Stellen zum Ausdruck gebracht. Die Beschwerden dieser Organisationen richten sich gegen die Rationalisierung der Stadterwaltung durch Beseitigung zahlreicher Amtsgerichte und anderer Lokalbehörden. Ganz besonders schwer hätten aber die Kommunen unter der Bestimmung der Notverordnung zu leiden, daß der Staatsbeitrag für die Berufsschulen von 20 auf 12 Millionen Schöller herabgesetzt wird. Schon jetzt weist man darauf hin, daß durch die Senkung des staatlichen Kopfbeitrags für die Berufsschulen eine tatsächliche Gefahr für das Fortbestehen der Berufsschulen sich ergebe. Denn die wesentlichen Unkosten, die die Gemeinden durch die Berufsschulen haben, ließen weiter. Bereits bisher hätten die Gemeinden finanzielle Schwierigkeiten wegen der Berufsschulen gehabt, die sie zu einer Herabsetzung der Pflichtstundenzahl auf das unbedingte Normalmaß veranlaßten. Die Kürzung des Kopfbeitrags dürfte auch zur Folge haben, daß die nebenamtliche Lehrtätigkeit von Handwerksmeistern, die seinerzeit besonders begrüßt worden ist, aufhören muß. Man wird sich gezwungen sehen, von der Ermächtigung weitgehend Gebrauch zu machen, Volksschullehrer, die nicht die Pflichtstundenzahl erreichen, ohne besonderes Entgelt an den Berufsschulen zu beschäftigen.

So berechtigt diese Klagen der Kommunen sein mögen, ist, wie an unterrichteter Stelle erklärt wird, kaum mit einer Milderung der Notverordnung zu rechnen.

Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Unterzeichnung eines Protokolls.

Berlin, 23. Dez. Die am 14. November von dem Reichswirtschaftsminister, Professor Warmbold, mit dem Führer der Delegation der U. d. S. S. R., Votschager Chintzow, eröffneten Wirtschaftsverhandlungen, die dem Zwecke dienten, den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen eine festere Grundlage und Möglichkeiten für eine weitere Ausgestaltung zu schaffen, sind am 22. Dezember durch Unterzeichnung eines Protokolls zum Abbruch gebracht worden. Die Beschlüsse dieses Protokolls, die der Genehmigung der beiden Regierungen unterliegen, dienen insbesondere der Beseitigung von Schwierigkeiten, die infolge der Weltwirtschaftskrise auf allen Absatzmärkten und somit auch im deutsch-russischen Warenverkehr in letzter Zeit entstanden waren.

Der Verlauf der Besprechungen, die unter Hinzuziehung der beiderseitigen beteiligten Wirtschaftskreise geführt worden sind, läßt erwarten, daß das den Verhandlungen gesteckte Ziel erreicht werden wird.

Brüning.

Eine Charakteristik des deutschen Reichskanzlers.

In diesen Tagen erscheint im Verlag R. Kitzler, Leipzig, in der Reihe „Männer und Mächte“ ein schmales Büchlein von nur 88 Seiten, das den Titel „Brüning“ trägt. Der Verfasser, Dr. Alfons Nobel, ist Chefredakteur des „Deutschen“, des Organs des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dessen Geschäftsführer Heinrich Brüning zehn Jahre lang gewesen ist. Dr. Nobel gehörte also zu dem Kreis, der das frühere Arbeitsgebiet des Kanzlers umfaßt und hat somit den politischen Aufstieg Brünings aus nächster Nähe miterlebt. Schon aus diesem Grunde kommt dem Werk eine besondere Bedeutung zu. Zudem wird aus dem Vorwort sofort klar, daß nicht eine Heroisierung angestrebt ist, sondern der Versuch, ein ehrliches Bild eines lebenden Politikers den Zeitgenossen zu zeigen.

Die Absicht des Autors ist, aus dem Werk, aus der sachlichen Politik den Weg und die Leistung des Kanzlers verständlich zu machen. Diese Absicht gibt Vertrauen zu den Ausführungen. Und das Vertrauen wird gerechtfertigt. Es ist keine Biographie, sondern eine Beschreibung des Werkes, aus dem sich der Mensch und Politiker Brüning heraushebt. Geburt (am 26. November 1885 in Münster) und Jugendjahre werden nur ganz kurz erwähnt. Brüning hatte nur zwei Geschwister, eine Schwester, die in Münster lebt, und einen Bruder, den Prälaten Hermann Joseph Brüning, der 1924 gestorben ist, dem er aber manche wertvolle Anregung zu verdanken hat. Es folgt die sechsjährige Studienzeit in München, Strassburg und Bonn. In diesen sechs Jahren hat Brüning neben seinen Fachstudien Philosophie und Volkswirtschaft, auch andere Wissensgebiete bearbeitet und sich ein reiches und mannigfaltiges Wissen angeeignet. Man hat oft nach den Gründen dieses langen Studiums gefragt. Der Autor gibt die Antwort: „Er gehörte zu jenen, denen das Lernen zur Leidenschaft wurde, gleichsam ein Selbstzweck, denen es heitere Botschaft war, in die unsichtbare Welt des Geistes einzudringen, die Gedanken nachzudenken, Philosophien nachzuerleben und dem Strom der Weltliteratur nachzulaufen.“ Eine Erweiterung seines Gesichtskreises erhielt Brüning in einem einjährigen Aufenthalt in England, wo er seinen Bruder besuchte und zugleich seine Doktorarbeit „Die finanzielle, wirtschaftliche und geistliche Lage der englischen Eisenbahnen unter Berücksichtigung der Frage ihrer Verstaatlichung“ fertigstellte. Hier hat er englisches Wesen kennengelernt und vielleicht hat der jetzige politische Taktiker einiges von den Engländern in dieser Hinsicht gelernt. Zu Beginn des Krieges meldete sich Brüning als Freiwilliger, kam aber erst 1915 an die Westfront und wurde im Argonnenwald verwundet. Nach Ausheilung des Schultergelenkes und weiterer Ausbildung kam er wieder an die Front, diesmal als Leutnant der Maschinengewehr-Scharfschützen-Abteilung. In dieser Eigenschaft hat er an der Westfront und vor allem in den furchtbaren Flandernschlachten den Weltkrieg mitgemacht. Der Autor weiß zu berichten, daß im Reichsarchiv manches Dokument aus über die Tapferkeit Brünings Ruhmliches meldet. Sein Kriegserlebnis hat Brüning selbst einmal geschildert: „Das Erlebnis des Krieges führt bei denen die große und zugleich schreckliche Ereignisse mitgemacht haben (soweit sie dadurch nicht seelisch zerrüttet oder resigniert geworden sind), allgemein die Erfahrung, daß die großen Geschehnisse der Welt nur durch Opfer, Selbstopfer und freiwillige Disziplin zu bewältigen sind.“ Als der Krieg zu Ende war, war Brüning 34 Jahre alt. Sehr klar und sachlich schildert Dr. Nobel die Entwicklung Brünings in diesen 12 Jahren von Kriegsende bis heute. Die Arbeit dieser Jahre wird in drei Teile gegliedert nach den Persönlichkeiten, unter denen Brüning wirkte und die nicht ohne wichtige Einflüsse auf seine Entwicklung geblieben sind: Carl Sonnenschein, Adam Stegerwald und Hindenburg.

1919 findet man Brüning im Volksvereinsbüro, im Arbeitskreise Sonnenscheins. Hier war er eine wichtige Stütze Sonnenscheins, denn Brüning wußte, was die akademische Jugend gerade damals nötig hatte, weil er sie kannte. Aber nicht lange war er bei Dr. Sonnenschein. Durch die Referate, die er auf Kongressen vor den Studenten hielt, war er aufgefallen und schon im September 1919 holte ihn Adam Stegerwald als persönlichen Referenten in das Ministerium für Volkswirtschaft. Damit beginnt der Weg

Brünings in der aktiven Politik. Ein Jahr später übernahm er hauptsächlich die Geschäftsführung des neu gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes, die er zehn Jahre innegehabt hat. Hier lernte er die Praxis der Politik und hat ein Jahrzehnt lang seine ganze Kraft dieser Aufgabe gewidmet. In diese Zeit fällt auch die Gründung des Organs des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Der Deutsche“, in dem dann Brüning lange Zeit seine journalistische Plattform fand. Zu allen wichtigen Ereignissen des damaligen politischen Lebens wie Inflation, Erzbergermord, Rathenau-Mord, Cannes, Genoa, Ruhrbesetzung, hat Brüning sich klar und deutlich geäußert. In den Leitartikeln des „Deutschen“ stand dem Autor ein reiches Quellenmaterial zur Verfügung, das er geschickt ausgewählt hat, so daß man ein klares Bild von der politischen Einstellung und Gedankenwelt Brünings erhält. Als Beleg für die republikanische Haltung Brünings mag ein Passus zitiert sein, den er 1923 schrieb: „Wer im Staate herrschen will, der muß den Willen haben, auch die Verantwortung nach jeder Richtung hin zu übernehmen. Er muß den Staat restlos bejahen und darf nicht fürchten, gelegentlich auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen.“ Es wird keiner zu behaupten wagen, daß Brüning diesen Worten bis heute nicht treu geblieben ist. Im gleichen Jahre 1923 trat er, wie Nobel mit vielen Zitate belegt, zum Teil mit scharfen Worten für äußerste Sparsamkeit und eine durchgreifende Reform der Verwaltung ein. Auch diese Gedanken hat er in die Tat umgesetzt.

Das Geheimnis der großen Erfolge Brünings ist Sachkenntnis und eine ungeheuer entwickelte Kombinationsgabe. Mit dieser absoluten Beherrschung der Materie und jener Gabe, auf weite Sicht mit Sicherheit zu kombinieren, gewann Brüning jede Debatte, erzielte er seine Erfolge. Im Winter 1925 war Brüning auch für kurze Zeit Journalist, da er eine Vakanz beim „Deutschen“ ausfüllen mußte. Inzwischen war Brüning auf Betreiben Stegerwalds Reichsstaatsabgeordneter geworden. Bismarck ist er in seinem schließlichen Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden, 1924 bei beiden Wahlen, 1928 und 1930. Nach seinem Eintritt in den Reichstag wählte sich Brüning sofort eines der schwierigsten Spezialgebiete, die Steuerpolitik. Er wurde in den Ausschuss delegiert und galt wegen seiner gründlichen Sachkenntnis und Tüchtigkeit bald als Vorkämpfer der Zentrumsfraktion in Steuerfragen. Auch mit dem Wohnungsbauproblem hat er sich sehr gründlich beschäftigt. Leidenchaftlich vertrat er damals die Dezentralisierungspolitik von Schiebusch und kämpfte für eine Entlastung der breiten Masse. Aber man hörte nicht auf ihn. Als dann die notwendigen Folgen einer unvernünftigen Ausgabenwirtschaft eintraten, berief man Brüning zum Kanzler. Vorher war der Name Brüning zum ersten Mal durch die „Vox Brüning“ in einer breiteren Öffentlichkeit genannt worden. Dieses Gesetz, das 1925 angenommen wurde, besagt, daß das Gesamteinkommen des Jahres aus der Lohnsteuer so lange auf 1,2 Milliarden Reichsmark beschränkt bleiben muß, bis ein steuerfreies Existenzminimum von 1200 Reichsmark jährlich für die Lohnsteuerpflichtigen nicht erreicht ist. Durch dieses Gesetz wollte Brüning vor allem die Länder und Gemeinden auf dem Umwege der verkleinerten Steuerüberweisung zu größerer Sparsamkeit erziehen.

Im Herbst 1929 wurde Brüning Fraktionsvorsitzender, nachdem schon Ende 1928 der Erlerer Prälat Kaas zum Parteivorsitzenden des Zentrums gewählt worden war. Klar und einheitlich war, wie Dr. Nobel mit zahlreichen Beispielen belegt, die Stellung des Fraktionsvorsitzenden Brüning sowohl zu außenpolitischen Fragen als auch zu den Problemen der Innenpolitik. Als dann die Regierung Hermann Müller's gekürzt wurde, wurde Brüning am 28. März vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt. Sachlich schildert der Autor an Hand zahlreicher Zitate die Haltung Brünings in jener Zeit, die wir alle miterlebt haben. Schnell hatte Brüning sein Kabinett zusammen. Es folgten am 16. Juli zwei Notverordnungen über die Deckungsvorlagen, die Ablehnung dieser Notverordnungen durch den Reichstag und die Auflösung des Reichstags durch Brüning. In der Folgezeit handelte Brüning nach dem politischen Grundgesetz: Nicht die Parteien dürfen führend sein, sondern das Kabinett. Es folgt der

Notwinter 1930/31, der wichtige Kanzlerreden bringt, die der Verfasser in wesentlichen Auszügen zitiert. Endlich geht der Autor auf Brünings Tätigkeit als Außenpolitiker ein. Seine Reisen nach Chequers, Paris, London, Rom und der Besuch der französischen Minister in Berlin finden eingehende Würdigung.

Im Schlußkapitel zieht der Verfasser das Fazit aus dem Werk des Kanzlers und zeichnet ein Bild seiner Persönlichkeit, gegründet auf das Urteil des Auslandes und die Aussagen seiner Freunde und Feinde. Danach ist Brüning ein Politiker der Veranlagung nach, der Politik als Kunst des Möglichen auffaßt. So rundet sich das Bild des Kanzlers, menschlich und der Leistung nach.

Kurze Umschau.

Der Reichspräsident empfing am Mittwochvormittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Ferner empfing der Reichspräsident heute den Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Görde-ler, zum Bericht über seine bisherige Arbeit.

Der preussische Finanzminister Dr. Klepper sprach am Mittwochabend über die preussische Rotverordnung im Rundfunk. Im wesentlichen führte er dasselbe aus, wie in der Pressebesprechung anlässlich der Übergabe der Rotverordnung.

Nach Neujahr werden zwischen Österreich und der Tschechoslowakei Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ziel einer engeren und dauernden wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufgenommen werden.

Die türkisch-persischen Verhandlungen über die Abtretung eines Gebietsstreifens am Arraraz an die Türkei sind zum Abschluss gelangt. Die Grenzänderung ist zurückzuführen auf die ständigen Kurden-Überfälle auf türkisches Gebiet.

Nach einer Meldung der Agentur Indo Pacific aus Peking berichten ausländische Beobachter, daß zwischen regulären chinesischen und japanischen Truppen Kämpfe bei Satu und beim Hafen von Nintschwang im Gange sind.

Molotoff über die internationale Sowjetpolitik.

Für Festigung des allgemeinen Friedens.

Moskau, 23. Dez. Auf der Tagung des Zentralkomitees sprach der Vorsitzende des Volkstschamkoms Molotoff einem Bericht der Telegraphenagentur der Sowjetunion zufolge über die internationale Politik der Sowjetunion, deren Hauptaufgabe in der Festigung des allgemeinen Friedens und in der Sicherung der Entwicklungsbedingungen für die Sowjetunion besteht.

Nachdem Molotoff die russisch-polnischen Nichtangriffspaktverhandlungen, die zu der Hoffnung eines erfolgreichen Abchlusses berechtigten, gestreift und die Bemühungen Rumaniens, Finnlands und Estlands, mit der Sowjetunion ebenfalls einen Nichtangriffspakt zu schließen, begrüßt hatte, beschäftigte er sich mit dem Mandatschankonflikt. Für die Sache des Friedens sei aus dem Genfer Beschluß des Völkerbundes nichts Rühliches herausgekommen, denn man könne von der Entscheidung einer Untersuchungskommission keine Einstellung der militärischen Offensiven erwarten. Die Regierung der Sowjetunion dürfe nicht vergessen, daß Rußland an die Mandatschankengrenze.

Die Aussichten der Abrüstungskonferenz beurteilte Molotoff ziemlich pessimistisch. Die Sowjetunion stehe fest auf dem Boden ihrer früheren Vorschläge einer vollständigen oder zumindest teilweise Abrüstung. Es sei aber bewiesen, daß Vorbereitungen zur Zerstörung des Friedens getroffen würden. Die Lage werde immer gespannter, Angriffspläne gegen die Sowjetunion würden ertört, und wiederholt seien Versuche gemacht worden, Rußland in den Mandatschankonflikt zu zerren. Die Sowjetunion müsse neue Provokationen ihrer Feinde aber weiter mit unbeirrbarer Friedenspolitik beantworten.

Die zweite Aida.

Zum 60jährigen Jubiläum von Verdis berühmter Oper am 24. Dezember.

Am Weihnachtsabend des Jahres 1871 erlebte die zur Eröffnung des Suezkanals komponierte Oper „Aida“ ihre glanzvolle Uraufführung. Zur Erinnerung an dieses denkwürdige Ereignis der Operngeschichte bringen wir nachfolgenden Bericht über eine merkwürdige Begebenheit.

Das Leben Giuseppe Verdis scheint auf den ersten Blick im Gegensatz zu dem von erbitterten Kämpfen erfüllten Leben eines großen Zeitgenossen Richard Wagner, ein ununterbrochener Aufstieg von Erfolg zu Erfolg gewesen zu sein. Während Wagner gegen eine Welt von böswilligen Feinden und Verleumdern schwer zu kämpfen hatte, gewann der Meister Verdi bereits als junger Komponist die Herzen seiner leichtglühenden Landsleute, um als unumstößlicher König der Oper mehrere Jahrzehnte zu regieren. Dennoch hatte auch Verdi, was verhältnismäßig wenig bekannt ist, seinen schweren Kampf zu bestehen — allerdings spielte er sich gewissermaßen im Dunkeln ab, zumal der Maestro vor jeder Schaustellung bis zu seinem Lebensende eine geradezu unüberwindliche Scheu hatte. Eine des tragikomischen Einflusses nicht entbehrende Episode sei hier anlässlich des 60jährigen Jubiläums der vielleicht populärsten unter allen melodienreichen Schöpfungen des Meisters des bel-canto — seiner „Aida“ — der Vergangenheit entrissen. Wer kennt heute noch den Namen Vincenzo Saffaroli? Nicht einmal jedem Musikhistoriker ist der Name dieses obskuren Komponisten, der sich einen Lieblingspfeiler des seinerzeit berühmten Mercadante nannte und die Welt um eine tragische, eine komische Oper sowie eine Messe bereicherte, bekannt. Nun, als Verdi „Aida“ im Auftrag des ägyptischen Khediven anlässlich der Eröffnung des Suezkanals komponiert, am Weihnachtsabend des Jahres 1871 in Kairo in dem neu erbauten Opernhaus mit unerhörtem Triumph zum tänzerischen Leben erweckt wurde, entschloß sich Saffaroli zu einem Schritt, der in der ganzen Operngeschichte wohl einzig dasteht. Saffaroli, der seit einem ganzen Jahrzehnt den ihm verhassten Gegner auf dem Gebiet der Opernkunst mit Pamphleten gehässiger Art verfolgt hatte, holte jetzt zu einem — wie er dachte — groß angelegten und vernichtenden Schläge aus, der den Dilettanten des internationalen Opernpublikums endgültig discreditierte sollte.

In einem Brief an den bekannten Verleger Tito Ricordi in Mailand forderte Saffaroli den „Aida“-Komponisten zu

einem noch nie dagewesenen künstlerischen Zweikampf heraus. Er erbat nichts weniger als das Recht — die „Aida“ zu ihrem Text neu zu komponieren! Ein Richterkollegium sollte dann entscheiden, welche Oper künstlerisch wertvoller sei. Sowohl Verdi als auch Saffaroli sollten je drei Richter unter italienischen Musikern von Rang wählen. Die aus sechs unparteiischen Personen bestehende Jury sollte dann einen siebten Musiker zum Vorsitzenden wählen. Aber auch die petuniäre Frage war von Saffaroli keineswegs außer acht gelassen — der Rivale Verdis verlangte ein Honorar von 20.000 Lire, wobei diese Summe bereits bei Annahme der einzigartigen Forderung auf einer Bank deponiert werden sollte. Der Betrag sollte im Falle einer Niederlage Saffarolis dem Verleger zusteigen — allerdings erhob der Autor des Briefes Anspruch auf einen Vorbehalt, um „in Ruhe arbeiten zu können“, der auch nicht rückzahlbar war. Ricordi glaubte zuerst an einen Scherz und veröffentlichte den Brief im Anecdontenteil seiner „Musikalischen Zeitschrift“. Daraufhin erhielt der Verleger einen zweiten Brief, in dem der Reiderfülle ihm heftige Vorwürfe machte, die öffentliche Meinung zugunsten Verdis bestochen zu haben. Wie dem auch sei: Ricordi nahm den Vorschlag nicht an. Seitdem verschwand der Name Saffaroli im Dunkeln. Niemand hat mehr von dem sonderbaren Mann gehört, der sich von Verdi benachteiligt fühlte, einem Komponisten, dem er unlauteren Wettbewerb vorwarf, der aber in Wirklichkeit nie auch nur einen Schritt für seinen Erfolg getan hat. Nicht Reklame, sondern das tief menschliche Empfinden, das den Melodien Verdis — und ganz besonders in der „Aida“ — innewohnt, ist der Schlüssel zu dem beispiellosen Erfolg einer Opernkunst, die nicht einmal das musikalisch-dramatische Genie eines Wagners auf die Dauer in den Schatten zu stellen vermochte.

Aus Kunst und Leben.

* Verdis „Don Carlos“ in der Dresdner Staatsoper. Mit der Aufführung von Verdis „Don Carlos“ in der Dresdner Staatsoper, zwei Tage vor Weihnachten, hat die erfolgreiche Verdi-Renaissance einen weiteren bemerkenswerten Schritt nach vorwärts getan. Die Oper, die 1867 für die Pariser Weltausstellung komponiert wurde und als die bedeutendste Fortbildung zur „Aida“ gelten darf — es ist übrigens die vierte Oper, die Verdi in Anlehnung an ein Schiller'sches Drama schrieb —, ist eines jener Werke, wie sie die Opernbühne heute mehr denn je braucht: voller fühner, starker Wirkungen, grandioser Effekte und prachtvoll einprägsamer Melodik und Harmonik. Es sei vor allem an die große, imposante Autodafé-Szene vor der Kirche mit dem

Gesang der Mönche und der Stimme aus der Höhe, und an den Bittgesang der spanischen Deputierten erinnert. Nicht zuletzt Toscanini hat die Oper als seine Lieblingsoper bezeichnet. Prachtvoll, ein künstlerisches Ereignis von Rang, war die Aufführung in der Dresdner Staatsoper, die von Generalmusikdirektor Fritz Busch dirigiert und von Dr. Alexander Schum, dem neuen Spielleiter, regiemäßig geleitet wurde. Von Heinrich Heide richtham die teilweise sehr modernen, in ihrem Werte unterschätzlichen Bühnenbilder (farbige Projektionsbilder). Eine erstklassige Premieren- und Starbesetzung war aufgeboten worden. Tino Pattiera, Friedrich Plagge, Florica Ursulec, Marta Fuchs, Elsa Wieber, Robert Burg. Sie alle boten Leistungen, die gefällig und darstellerisch format besaßen und über das konventionelle Mittelmaß weit hinausragten. Es war wirklich „große Oper“, effektiv, theatralisch und Bühnenwirksam im besten Sinne des Wortes. Ein neuer Erfolg der Verdi-Renaissance.

* Gustav Jacoby „Nacht euch gesund!“ Gustav Jacoby, nicht nur ein Sohn unserer Stadt, sondern auch der erfolgreiche Sohn seines Vaters, des bekannten Lustspiel-Dichters Wilhelm Jacoby, ist, seit er Wiesbaden nur noch gelegentlich für die Feiertage aufsucht, zu Ruhm und Ehren in allen Großstädten des Reiches und darüber hinaus auch im Auslande gekommen. Wir haben ihn aus seiner Wiesbadener Zeit noch in bester Erinnerung und freuen uns, wenn wir lesen, daß er anderswo gefeiert wird, als einer der bedeutendsten Vortragsredner und Humoristen, die, wo sie erscheinen, dafür sorgen, daß man auch in Notzeiten das Lachen nicht gänzlich verliert. Im Selbstverlag hat er jetzt ein Buch „Nacht euch gesund“ herausgegeben, das die besten Vorträge seines wirkungsvollen Repertoires, sowie Skizzen, Schwänke und lustige Erzählungen aus seiner Künstlerlaufbahn und von seinen Vortragsreisen enthält. Das Bändchen ist mit Federzeichnungen von Richard Bloos illustriert.

Wissenschaft und Technik. Der langjährige Mathematiker der Hessischen Landesuniversität Gießen, Professor Dr. Engel, kann am 24. Dezember in Frische seinen 70. Geburtstag begehen. Der Gelehrte entfaltete auf seinem Fachgebiet eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit, die ihn gar bald in die vorderste Reihe seiner Fachwissenschaft in der ganzen Welt und besonders in enge Verbindung mit norwegischen Gelehrten brachte. Professor Engel zählt zu den Ehrendoktoren von Oslo, ist Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und ausländisches Mitglied der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse der Kaiserlichen Akademie in Oslo.

Gegen die Schließung des Staatstheaters.

Ein scharfer Protest der städtischen Körperschaften.

Der Magistrat und der Ältesten-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung haben gegen die durch die preussische Notverordnung verfügte Schließung des Staatstheaters in Wiesbaden scharfen Protest erhoben. In der gestern gehaltenen Entschliessung heißt es:

Das Wiesbadener Theater (Großes Haus) wurde im Jahre 1897 von der Stadt Wiesbaden an Stelle des früheren alten Hauses mit erheblichen Kosten errichtet und steht in deren Eigentum. Die Stadt Wiesbaden hat auch das Theater, als es im Jahre 1923 abbrannte, damals in der schlimmsten Zeit der Inflation und der Besetzung unter großen Opfern wieder aufgebaut. Das sogenannte Kleine Haus steht im Eigentum eines Privatmannes, ist aber von der Stadt gepachtet, welche auch die gesamte zurzeit 50.000 Mark jährlich betragende Pachtsumme bezahlt. Der Theaterbetrieb im Großen Haus wurde vor 1866 von dem Herzog von Nassau geführt. Im Jahre 1866 nach der Annexion Nassaus übernahm ihn nach längeren Verhandlungen der König von Preußen in Erfüllung der Verpflichtung des Landesherrn dem größten preussischen Kur- und Badeort gegenüber. Seit dem Jahre 1918 ist an Stelle des Königs von Preußen der Freistaat Preußen getreten. Über die Rechtsverhältnisse bezüglich des Großen Hauses im einzelnen wurde zuletzt am 28. Februar 1928 ein Vertrag geschlossen, wonach damals der König von Preußen das Theater zur zweckentsprechenden Benutzung übernahm und der Stadt eine Reihe im einzelnen festgelegter Verpflichtungen auferlegt wurden. In diesem Vertrag ist der Staat Preußen eingetreten. Der Geldwert der Verpflichtungen der Stadt für beide Theater betrug für das Jahr 1928 circa 323.000 M.

Bzüglich des Kleinen Hauses wurde noch im Jahre 1930 ein neuer Vertrag geschlossen, wonach der Staat sich verpflichtete, das Theater bis Juli 1933 zu bespielen, worauf die Stadt den Pachtvertrag mit dem Eigentümer bis dahin verlängerte. Die Rechtslage ist also so, daß bezüglich des Kleinen Hauses noch bis 1933 ein Spielungsvertrag für den Staat besteht. Bezüglich des Großen Hauses enthält der Vertrag keine zeitlichen Begrenzungen, so daß er formalrechtlich mit angemessener Frist aufgelöst werden kann.

Diese Auflösung bedeutet aber einen Bruch historischer und moralischer Verpflichtungen des Staates gegenüber der Hauptstadt Nassaus, wie dem größten und bedeutendsten preussischen Heilbad und Kurort.

Die Stadt Wiesbaden versteht nun keineswegs die Notlage, in welcher der preussische Staat sich jetzt befindet, sie hätte aber doch auf alle Fälle bei dieser Sachlage erwarten dürfen, daß der preussische Staat nicht mit einem Federstich die Theater schließt, sondern mit der Stadt in Verhandlungen über eine anderweitige Regelung der Theaterverhältnisse eingetreten wäre.

Mit der Aufgabe des Wiesbadener Theaters, das im Laufe der Jahre von Tausenden von Deutschen und Fremden besucht wird, zerstört man auch eine der schönsten und bedeutungsvollsten Stätten deutscher Kultur. Außerdem aber nimmt man Wiesbaden als Kur- und Fremdenstadt einen wesentlichen Werbefaktor, wenn sein weltbekanntes Theater, das einen Hauptziehungspunkt für die Fremden bildet, nicht mehr bestehen sollte.

Die Stadt Wiesbaden erhält für ihren Kur- und Badebetrieb keinerlei Zuschuß vom preussischen Staat, während dieser für andere Bäder, z. B. Homburg, Pyrmont, Schwalbach, Ems, erhebliche Aufwendungen gemacht hat und noch macht. In Wiesbaden erfolgt der Kurbetrieb allein durch die Stadt, die dafür auch heute noch einen Betrag von über 1 Million M. im Jahre aufwendet. Wiesbaden war einmal eine reiche Stadt; durch die fortgesetzten unglücklichen Ereignisse seit 1914, Krieg, Inflation, Besetzung, Wirtschaftskrise, ist sie verarmt und zählt heute zu den Städten, die durch die Wohlfahrtslasten am meisten leiden. Es genügt, auf den Verlust zu verweisen, den die Staatskommunikation des preussischen Ministeriums des Innern im Sommer 1931 erlitten hat. Wenn trotzdem die Stadt alles daransetzt, den Kur- und Fremdenbetrieb aufrecht zu erhalten, weil er die Haupteinnahmequelle der Stadt ist, so ist sie aber bei ihrer finanziellen Notlage nicht im Stande, neben dem Kurbetrieb auch noch den Theaterbetrieb in eigene Regie zu übernehmen.

Wiesbaden muß vielmehr die dringende Bitte aussprechen, daß ihr der Staat die einzige Fürsorge für die Kurstadt, die hier durch die Leistungen für das Theater bestand, nicht entzieht.

Die Stadt Wiesbaden hat niemals Aufhebens davon gemacht, daß sie während 12 Jahren fremde Besetzung erduldet hat, durch die zeitweise der ganze Fremdenverkehr lahmgelegt war. Ihre Bürger haben es als selbstverständliche nationale Pflicht betrachtet, alle diese Leiden im Interesse des Vaterlandes zu erdulden, was es doch auch in Wiesbaden, wo der dortige Besuch, einen rheinischen Staat zu begründen, ständig zusammenbrach.

Die Stadt Wiesbaden darf aber nun erwarten, daß man ihr, nachdem der Versuch, nach Abzug der Besetzung wieder in die Höhe zu kommen, durch die schwere Wirtschaftskrise aufs äußerste beeinträchtigt wird, nicht durch die Schließung des Theaters den Todesstoß verleiht.

Die Schließung des Theaters kann aber endlich überhaupt nicht als eine wirtschaftlich zweckmäßige Maßnahme bezeichnet werden. Der Staat bleibt auch nach Aufgabe des Theaters an abgeschlossene Personalverträge gebunden, die eine Ausgabe von über 500.000 M. erforderlich machen. Da wo Personalverträge aufgelöst werden, fallen die Betreffenden dem Wohlfahrtsamt zur Last. Sollte es denn da wirklich nicht ratsamer sein, statt die Theater zu schließen, einen Theaterbetrieb in einem verbilligten und beschränkten Maße aufrecht zu erhalten, um damit das Theater nicht nur als Bildungstätte, sondern vor allem als einen verbodenen Betrieb für die Kur- und Fremdenstadt Wiesbaden zu erhalten? Der Stadt ist bekannt, daß der Etat des Staatstheaters in Wiesbaden ein außerordentlich hoher ist. Die Stadt muß aber bemerken, daß ihr nach den bisherigen Vereinbarungen jeder Einfluß auf das Theater fehlt, und daß sie daher dafür nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Die Stadt Wiesbaden ist damit einverstanden, wenn der Etat des Theaters eingeschränkt und gewisse Reformen im Theaterbetrieb in sachlicher und personeller Beziehung durchgeführt werden. Die Stadt vermag aber nicht einzusehen, warum deshalb das Theater überhaupt geschlossen und nicht eher ein verbilligter Theaterbetrieb eingeführt werden soll.

In ernster Stunde halten es daher Magistrat und Ältesten-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung für ihre Pflicht, diese Erwägungen noch einmal mit allem Nachdruck dem preussischen Staatsministerium vorzutragen und daran die dringende Bitte zu knüpfen, daß Vertreter des Staates

mit der Stadt über einen eingeschränkten, geringeren Zuschuß erfordernden Betrieb des Theaters und die dazu geeignete Form verhandeln möchten, daß man von der radikalen Maßnahme einer völligen Schließung des Theaters und Streichung der Subvention des Staates Abstand nehmen möge. Magistrat wie Ältesten-Ausschuß müssen sich sonst in aller Form außer Stande erklären, für den dringend erforderlichen Wiederaufbau der Kurstadt Wiesbaden weiter mit Erfolg tätig zu sein.

Oberbürgermeister K r ü d e gab diese Entschliessung gestern nachmittag in einer Pressebesprechung bekannt und erklärte im Anschluß daran die Rechtslage der Besitzverhältnisse am Wiesbadener Staatstheater. Preußen, bezw. die Krone, habe schon einmal vor dem Kriege den Versuch gemacht, seine Zuschüsse zum Wiesbadener Theater abzubauen, die Verhandlungen verliefen jedoch seinerzeit günstig. Auch während des Krieges wurde nicht daran gedacht, das Theater abzubauen. In diesem Jahre war von einer Schließung des Theaterbetriebs zunächst nie die Rede, was noch in einer Mitteilung vom November d. J. bestätigt wurde, wenn auch geplant war, den Etat erheblich herabzusetzen. Dann tauchten Gerüchte auf, daß die Theater in Wiesbaden und Kassel zusammengelegt werden sollten. Wie eine Bombe wirkte dann die Mitteilung, daß der Staat nicht mehr in der Lage sei, die Theaterbetriebe in Wiesbaden und Kassel aufrechtzuerhalten. Von einer „Schließung“ der Wiesbadener Staatstheater könne keine Rede sein, da diese ja nicht etwa Eigentum des Staates sind, sondern der Stadt gehören, bezw. soweit das Kleine Haus in Frage steht, gepachtet sind. Es kann deshalb nur davon gesprochen werden, daß der Staat den Betrieb der hiesigen Theater aufgeben, also keine Zuschüsse mehr leisten will. Da aber bei einer Aufgabe der hiesigen Theater ein kostspieliger Leerlauf durch Weiterzahlung der Gehälter für vertraglich angestellte Mitglieder und Beamte, das Theaterorchester usw. entstehen würde und die arbeitslos gewordenen Angehörigen der Theater als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zur Last fallen würden, so ist die Frage berechtigt, ob es nicht doch erheblich vorteilhafter

Wiesbadener Nachrichten.

Fröhliche Weihnachten — Gesunde Feiertage.

In den Tagen vor dem Weihnachtsfest trennen wir uns voneinander gewöhnlich mit dem Gruße: „Fröhliche Weihnachten — Gesunde Feiertage!“ Ganz von selbst kommt uns dabei zum Bewußtsein, daß die Gesundheit höchstes Lebensglück bedeutet, und gerade davon möchten wir an den Feiertagen gern ein wenig zu kosten bekommen.

Schon mit der Vorfreude hängt es dabei an. Denn die Freude ist ein Heilmittel, dessen wir im Ernst der heutigen Zeit ganz besonders bedürfen.

Weihnachten ist in erster Linie ein Fest der Kinder, denen das bühnen Freude mehr als je zu gönnen ist. Leiden doch ohnehin unsere Kinder oft am meisten unter der durch die wirtschaftliche Not hervorgerufenen Kerosin- und Geizzeit der Eltern.

Der Weihnachtstag wird zwar in diesem Jahre wohl allenthalben recht bescheiden ausfallen, aber mit wie wenigem kann man ein Kinderherz erfreuen!

Ein Paar Schuhe oder Handschuhe, eine neue Mütze, ein gutes Buch, ein Paar Schlittschuhe, ein Ball zum Spielen, ein wenig Obst oder Zuckerwerk — und strahlende Kinderaugen werden allerwärts Freude verbreiten. In dieser Art vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit ausgewählte Weihnachtsgeschenke werden auch der Gesundheit förderlich sein. Und was für die Kinder gilt, das gilt ebenso auch für die Erwachsenen. Für ihn sollen Feiertage wirkliche Feiertage sein, das heißt, sie sollen ihm für Leib und Seele Erholung und Entspannung bringen. Vielen ist es dienlich und zugleich erfreulich, sich in den Feiertagen einmal richtig ausschlafen zu können. Manchem wird es Freude machen, mit „Kind und Regel“ hinauszugehen ins Freie und Geist und Körper dabei zu erfrischen. Bei schlechtem Wetter wird der Besuch einer guten Vorstellung im Theater, im Kino oder ein gutes Konzert, ein bißchen Musik zu Hause auf der Geige, auf dem Klavier oder der Harmonika, die zu Zeiten unserer Großeltern überhaupt zu einem richtigen Weihnachtsgeschenk gehörte, manche fröhliche Stunden bereiten trotz aller Ebbe im Geldbeutel.

Daß aber der weihnachtliche Frohsinn keine Störung erleide, vor allem nicht von Seiten der Gesundheit, dafür müssen wir gleichfalls Sorge tragen.

Der verdorbene Magen dürfte in diesem Jahre, wo überall Schmalhans Küchenmeister ist, kaum eine Rolle spielen. Es gibt aber noch eine ganze Anzahl anderer weihnachtlicher, durchaus vermeidbarer Unfälle.

So versuchen zum Beispiel viele Menschen oft in fasscher Sparjamkeit die Kerzen des Weihnachtsbaumes sämtlich mit einem einzigen Streichholz anzuzünden. Das Holzchen brennt dabei rasch herunter und als Folgen bleiben nicht selten schmerzhaft Brandwunden an den Fingern zurück. Mitunter kommt es vor, daß durch unvorsichtiges Anzünden der an der Spitze des Baumes befestigten Lichter der brennende Baum umfällt. Darum besichtige man lieber ein kleines Licht an einem langen Stod, der ein bequemes und ungefährliches Herausreichen zur Spitze gewährleistet.

Sind am Weihnachtsbaum irgendwelche Federbüschel befestigt, so ermahne und beaufsichtige man die Kinder ganz besonders. Denn Kinderart ist es, oft heimlich dieses und jenes vom brennenden Baume abzurufen, und nur zu leicht passiert es, daß auch bei dieser Gelegenheit der brennende Baum umfällt.

Nicht selten rennen kleine Kinder im Überschwang der Freude blind in den Baum hinein, dessen Nadeln ihnen dann leicht eine schmerzhaft und nicht ungefährliche Augenverletzung verursachen, die sofortiger, ärztlicher Hilfe bedarf.

Allen diesen Fährnissen können wir mit ein wenig Vernunft und Überlegung leicht entgehen, und so dürfte es uns auch in diesem Jahre nicht schwerfallen, sowohl selbst Freude zu haben, als auch andern Freude zu bereiten und dafür zu sorgen, daß in Erfüllung gehe unser aller Wunsch: „Fröhliche Weihnachten — Gesunde Feiertage!“

Die keinen Heiligabend feiern können...

Heiligabend, Weihnacht! Wenn die Weihnachtskerzen aufkommen, die alten, heiligen Weisen erklingen und ein würziger Duft von Tannengrün, Pfeffertuchen und Bratapfeln das Zimmer durchzieht, fühlen wir uns hinausgehoben über den Alltag, und stille Andacht und feiger Friede zieht in unsere Herzen ein. Wir fühlen uns glücklich

wäre, wenn der Staat weiterhin einen Zuschuß gewährt und so die Aufrechterhaltung der Wiesbadener Staatstheater möglich macht. Darn könnte auch die Oper in Wiesbaden gehalten werden neben dem Schauspiel, das auf alle Fälle zu halten ist, selbst wenn keine Zuschüsse von Seiten des Staates bewilligt werden. Für die Aufrechterhaltung der Oper wäre immerhin ein Zuschuß von etwa einer Million erforderlich. Man hätte vom Staat erwarten können, daß er vor der Anordnung, daß die Theater geschlossen werden müssen, mit der Stadt Wiesbaden in Verhandlungen eingetreten wäre, um über den Abbau des zweifellos erheblich übersteuerten Betriebes, der jetzt etwa 2 Millionen Mark Zuschüsse erfordert, abzubauen. Die Stadt denke nicht daran, die Theater in der jetzigen Weise weiterzuführen, wozu sie natürlich auch gar nicht die Mittel besitzt. Das Große Haus kann die Stadt nur dann übernehmen, wenn sie Zuschüsse in Höhe von etwa 800.000 Mark bis 1 Million Mark (die, wie oben erwähnt, auch bei einem Leerlauf aufgebracht werden müßten) erhält. Einem Zusammengehen mit anderen Städten siehe die Stadt nicht unbedingt ablehnend gegenüber, soweit ein solcher Weg praktisch ist und wirkliche Ersparnisse bringt. Verhandlungen darüber können aber erst in Frage kommen, wenn eine Übersicht über die Betriebsmöglichkeiten vorhanden ist. Es sei damit zu rechnen, daß Anfang Januar Vertreter der preussischen Regierung nach Wiesbaden kommen, um über die Theaterfrage zu verhandeln. Ob beide Häuser gehalten werden können, sei noch zu überprüfen. Besonders bemerkenswert an den Ausführungen des Oberbürgermeisters war die Mitteilung, daß sich die preussische Regierung bei ihrem Entschlusse, die Wiesbadener Staatstheater aufzugeben, ganz besonders von der Tatsache habe leiten lassen, daß im Oktober und November die Einnahmen in beiden Häusern des Wiesbadener Staatstheaters geringer waren, als im gleichen Zeitraum in dem einen Hause des Kasseler Staatstheaters. Als Ursache für dieses überraschende Mißverhältnis kann nicht allein die wirtschaftliche Not der Gegenwart bezeichnet werden. Schuld daran tragen zweifellos auch andere Dinge, deren Erörterung des Persönlichen zum Schaden des Instituts in der Vordergrund rückt und das Verhältnis zwischen dem Publikum und dem Theater trübt. Wenn Wiesbaden sein Theater behalten will, dann muß dieses Theater auch beim Publikum die unbedingt erforderliche Stütze haben.

im Kreise unserer Familie und möchten jedem eine Freude bereiten, jedem ein liebes Wort sagen. Was aber empfinden die Menschen, die Weihnachten nicht feiern können!

Die Dunkelheit bricht herein, am Himmel flimmern die Sterne in unwirklicher Pracht, die Straßen liegen vereinst. Gleichmäßig hallen feste Schritte auf dem Pflaster, zwei Schuppolizisten machen ihren Rundgang. Von fernher klingt der Gesang der Weihnachtslieder, sie lauschen den feierlichen Klängen und sehen verflochten zu den erleuchteten Fenstern auf, hinter denen unzählige Weihnachtsbäume brennen. Manchmal, wenn der laute Jubel glücklicher Kinder bis auf die Straße hinausdringt, sehen sie sich an, und jeder weiß, was der andere denkt...

Ein schrilles Klingeln ertönt an der Straßenecke, gelassen flammten rote Scheinwerfer auf, wie ein Spurt raste die Feuerwehr vorbei. Weihnachtsbaumbrände sind in dieser Nacht zu löschen, immer wieder schrillt das Signal auf der Wache, und die Mannschaften sind in ständiger Alarmbereitschaft. Und heimlich denken sie an ihr gemutliches Stübchen, wo der Lichterbaum brennt und Frau und Kind auf sie warten. Auf der Rettungswache stehen Ärzte und Pflegerinnen bereit, die Pflicht fordert Einlegung aller ihrer Kräfte, sie sind froh, helfen zu können, und doch können sie es nicht hindern, daß ihre Gedanken immer wieder abschwärmen...

Eine einsame Straßenbahn fährt durch die weihnachtliche Stadt, nur zwei Fahrgäste sitzen drin. Der Schaffner denkt an seine Frau, die jetzt allein unter dem Tannenbaum sitzt. Sein Trost ist der Gedanke, daß er morgen seinen Dienst hat, daß er morgen Weihnachten feiern kann.

Ein schriller Signalpfeif, der D-Zug rast mit unheimlicher Geschwindigkeit an dem Bahnwärterhäuschen vorbei und verschwindet in der Dunkelheit. Heute eilen die Kinder des Bahnwärters nicht an das Fenster und drücken sich die Nasen platt, um dem dahinschwebenden Zuge solange mit den Augen zu folgen, bis die roten Schlußlichter nicht mehr zu sehen sind, heute sitzen sie mit strahlenden Augen um den festlich gedekten Tisch unter dem Christbaum. Der Zugführer steht mit dem Geißer auf der zitternden, stampfenden Maschine, die Augen auf die blanken, gleißenden Schienen gerichtet. Ab und zu fällt ein kurzes Wort zwischen ihnen. Ob daheim die Beleuchtung schon vorüber ist! Die Lichter, die ihnen brennen, sind die roten und grünen Signale und der flackernde Schein des Kesselfeuers...

Vielen Menschen hat der Beruf den Heiligabend zum Werk bestimmt, aber sie alle haben die Hoffnung auf morgen, wo sie sich im Kreise ihrer Familie der Weihnachtsfreude hingeben können, — aber wieviele gibt es, die Heimat und obdachlos sind!

Weisse Weihnachten!

Der Wetterbericht für die Feiertage.

Zum erstenmal seit fünf Jahren besteht für die Weihnachtstage überall in Mitteleuropa Aussicht auf winterlich kalte Witterung mit Frost und Schnee. Die Hochdruckwetterlage, die schon in der Vorwoche in Mitteleuropa zum Durchbruch gekommen ist, hat sich nicht nur erhalten, sondern in dieser Woche noch weiter stabilisiert. Der Luftdruck hat Dienstag in Deutschland 780 Millimeter Höhe überschritten, und es liegen bisher keinerlei Anzeichen vor, die darauf hindeuten, daß eine Änderung des zurzeit herrschenden Witterungscharakters bevorsteht.

Bemerkenswert waren in dieser Woche die großen Temperaturgegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland. Während in der Norddeutschen Tiefebene das Quecksilber ohne nennenswerte Änderung um den Nullpunkt schwankte, herrschte im Süden des Landes, im ganzen Alpengebiet und darüber hinaus bis in die Mittelmeerlande strenge Kälte. In Bayern sank die Temperatur bis auf 23 Grad unter Null; München und Hof brachten es bis auf 22 Grad Kälte. Auch Dresden erreichte ein nächtliches Temperaturminimum von minus 16 Grad Celsius. Am Oberrhein und am Bodensee wurden 13 bis 14 Grad Kälte beobachtet; Salzburg und Zürich meldeten minus 15, Bern minus 10, Genf und Mailand minus 6 Grad Celsius. Noch in Rom und auf Brasilien land minus 6 Grad Celsius unter Null, und auch in der nördlichen Sahara sind schärfere Nachtfröste vorgekommen. Die Frostgrenze folgt ziemlich genau den europäischen Festlandsgrenzen, wobei nur die äußersten Südküsten und Teile der britischen Inseln noch positive Temperaturen haben.

Wie immer bei kontinentalen Hochdruckwetter liegen die atlantischen Warmluftmassen nach Norden ab, ohne über die Festlandsgrenzen hinaus in den Kontinent einzudringen.

Die Reorganisationsmaßnahmen bei der Schulverwaltung.

Die Zahl der abzubauenden Lehrkräfte bleibt unter 40. — Aufgabe der Förderklassen. — Die Realschule in Biebrich bleibt als sechsklassige Realschule erhalten. — Oberlyzeum und Studienanstalt. — Verlegung der Handelslehranstalten und der Hauswirtschaftlichen Berufsschule in die Schule an der Bleichstraße.

Die Städtische Pressestelle teilt folgende Beschlüsse des Magistrats mit:

Bei der Schulverwaltung soll die Lohnbuchhalterei (für die Buchhalter) möglichst umgehend aufgehoben und mit einer bereits bestehenden vereinigt werden, die Schulgehalt nach Verlegung der Verwaltung in ein städtisches Dienstgebäude einer noch zu bestimmenden städtischen Kasse übertragen, die Schulgehaltbuchhalterei im Rahmen der Buchhalterei „Sch“ aber beibehalten werden. Durch diese und weitere Vereinfachungen bei Führung des Tagebuches und der Registratur können drei Bürokräfte eingespart werden.

An den Volksschulen müssen die Förderklassen sowie eine Klasse der Hilfsschule in Wiesbaden-Biebrich abgebaut werden. Die Zahl der abzubauenden Volksschullehrpersonen wird voraussichtlich unter 40 bleiben, während sich die Zahl der Pensionierungen erhöhen dürfte. Bezüglich der Durchführung des Personalabbaus sind nähere Anweisungen noch nicht ergangen. Der finanzielle Erfolg wird möglicherweise nicht den gehegten Erwartungen entsprechen, da zu befürchten steht, daß der Stellenbeitrag zur Landesschulkasse eine Erhöhung erfahren wird.

Ähnlich liegen die Verhältnisse an den Mittelschulen. Die überzähligen Mittel- und Oberschullehrer müssen wohl, da ihre Verlegung großen Schwierigkeiten begegnet, bis auf weiteres an den Volksschulen Verwendung finden.

Besonders einschneidende Maßnahmen machen sich auf dem Gebiete des höheren Schulwesens notwendig. Während das Reformrealgymnasium als Doppelanstalt weitergeführt wird, kann die Oberrealschule nur noch als einfache Rollanstalt betrieben werden. Die Realschule soll als sechsklassige Realschule erhalten bleiben; den Schülern der jetzigen Klassen II 2, II 1 und I 1 soll indes Gelegenheit gegeben werden, ihre Ausbildung an der Anstalt zu vollenden. Das Lyzeum der Studienanstalt, die Rollanstalt bleibt, kommt zum Abbau. Das Oberlyzeum bleibt als Doppelanstalt bestehen, jedoch so, daß seine Oberstufe mit dem Frauenerziehungslehre (in Form der Gabelung) weitgehend kombiniert wird. Wegen ihrer großen Bedeutung für die Frauenberufsbildung sollen die Lehrgänge für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen sowie das Turnlehrerinnenseminar, das sich finanziell trägt, erhalten bleiben.

Bei allen Berufsschulen tritt durch den Schülerrückgang ein wesentliche Schrumpfung ein; von dieser wer-

den auch die Fachschulen stark betroffen. An der Handwerker- und Kunstgewerbeschule sollen die Fachklassen bestehen bleiben, indes soll durch organisatorische Maßnahmen eine weitere Kostenentlastung erreicht werden.

Vom Beginn des neuen Schuljahres ab werden die Handelslehranstalten und die hauswirtschaftliche Berufsschule in die Schule an der Bleichstraße, die Hilfsschule Wiesbaden-Biebrich in die Realschule verlegt.

Stadtrat Dr. Osterheld wies in der gestrigen Pressebesprechung ergänzend darauf hin, daß durch die beschlossenen Maßnahmen eine Vereinfachung im Schulwesen der Stadt durchgeführt werden soll, wobei die Schulverwaltung bemüht bleiben wird, die günstigste Lösung zu finden. Die Zahl der abzubauenden Lehrkräfte, die für Wiesbaden auf 45 festgesetzt war, wird voraussichtlich eine Beschränkung erfahren, wie weit kann allerdings noch nicht gesagt werden. Durch die neue Pensionsverordnung wird erreicht, daß die Lehrer vom 60. Lebensjahre ihren Dienst freiwillig aufgeben können; die über 62 Jahre alten ihren Dienst quittieren müssen. In Wiesbaden scheiden dadurch bis zum 1. April 11 Volksschullehrer, 2 Mittelschullehrer und 4 Lehrer an höheren Schulen aus dem Schuldienst. Der Abbau an den Volksschulen wird für die Stadt kaum den erwartenden finanziellen Erfolg haben, da der Staat die staatsbeitragsberechtigten Stellen abbaut. Bei den Mittelschulen werden die überflüssigen Mittelschullehrer nicht verlegt werden können, da die Mittelschulen überall in der Schrumpfung begriffen sind. In Wiesbaden werden die abgebauten Mittelschullehrer zunächst an den Volksschulen angestellt werden, um die hohen Klassenziffern, die in den Volksschulen kommen werden, zu drücken. Durch die Maßnahmen bei den höheren Schulen ist vor allem erreicht worden, daß jetzt absolut klare Typen vorhanden sind, nämlich Realgymnasium, Oberrealschule, Studienanstalt, Oberlyzeum. An der Berufsschule müssen alle unfähigen und nebenamtlichen Lehrkräfte abgebaut werden, mit Ausnahme des Berufunterrichts, der von Fachkräften erteilt wird. An der Handwerker- und Kunstgewerbeschule hat noch ein Gegenstoß zu den anderen Berufsschulen und besonders zur Handwerkerlehre die Zahl der Besucher nicht verringert. Das Handwerk hat sich geschlossen vor die Schule gestellt, so daß die Fachabteilungen, die jetzt noch vorhanden sind, zunächst aufrecht erhalten bleiben. In dem freizubehaltenden Schulgebäude der Handelsschule in der Dohheimer Straße sollen Kleinwohnungen eingerichtet werden.

Die Invaliden- und Unfallrentenempfänger werden darauf hingewiesen, daß die Invaliden- und Unfallrenten für Januar an den Postämtern in Wiesbaden bereits am 30. Dezember ausgezahlt werden.

Die gesetzliche Miete. Auf vielfache Anfragen stellt der Amtliche Preußische Pressebericht erneut fest, daß die gesetzliche Miete in ganz Preußen zurzeit 120 v. H. der reinen Friedensmiete beträgt. Neben diesem für ganz Preußen geltenden Hundertsatz sind die örtlich verchiedenen hohen Umlagen für Grundvermögenssteuer, für bestimmte Gemeindeabgaben usw. zu entrichten. Vom 1. Januar 1932 ab beträgt die gesetzliche Miete in ganz Preußen 110 v. H. Dazu treten wiederum die obengenannten örtlich verchiedenen hohen Umlagen.

Verbot der Neujahrsgeßelversammlungen für städtische Bedienstete und Arbeiter. Die Städtische Pressestelle teilt mit: Den bei der Stadtverwaltung beschäftigten Personen hat der Magistrat strengstens bei Androhung der Arbeitsentlassung verboten, zum Neujahrstage oder bei anderen Gelegenheiten Trinkgelder einzusammeln. Wenn trotzdem die Hausbesitzer am Neujahrstage wieder am Trinkgelder von angeblich im städtischen Arbeitsverhältnis (z. B. Müllabfuhr, Sandfangreinigung usw.) stehenden Personen angegangen werden sollten, muß auf Grund der vorjährigen Erfahrung angenommen werden, daß es sich hierbei meist um nicht oder nicht mehr in einem städtischen Arbeitsverhältnis stehende Personen handelt. Die Bürgersekt wird daher gebeten, grundsätzlich derartige Sammlungen abzuweisen.

Mitarbeit der Jugendpflege in der Verhütung von Verkehrsunfällen. Wie der Amtliche Preußische Pressebericht mitteilt, macht der preußische Minister für Volkswohlfahrt auf die Deutsche Verkehrswacht, E. V., in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 46, aufmerksam, die sich die Aufgabe gestellt hat, im Interesse der Verkehrsunfallverhütung in allen Bevölkerungsteilen eine Verkehrsbildung zu schaffen. Zu diesem Zweck hat die Organisation die Bitte ausgesprochen, ihrem Hauptgeschäftsführer Gelegenheit zu geben, auf Tagungen der Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen auf die Bedeutung der Verkehrsbildung und über die Durchführung der Bestrebungen zu ihrer Erreichung usw. durch Vorträge hinweisen zu dürfen. Außer dem Hauptgeschäftsführer würden auch geeignete Persönlichkeiten in den örtlichen Verkehrswachten ehrenamtlich zur Verfügung gestellt werden können. Der Minister hält es für zweckmäßig, daß auch seitens der Bezirks-(Kreis-)Jugendpfleger und -pflegerinnen in geeigneter Weise bei den Zusammenkünften mit den Jugendlichen durch Aufklärung über die Verkehrsvorschriften und -gefahren zur Verminderung der Verkehrsunfälle beigetragen wird.

Statistik der Berufskrankheiten. Nachdem die Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten 1929 in Kraft getreten war, schnellte die Zahl der gemeldeten Berufskrankheiten auf das Fünffache der Zahl des Jahres 1928. Im Jahre 1930 ist die Zahl der Meldungen nicht weiter angelegen, es ist im Gegenteil ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. Insgesamt wurden in diesem Jahre 5008 Fälle gegenüber 22258 im Jahre 1929 gemeldet. Von den 15006 gemeldeten Berufskrankheiten entfallen auf die 67 gewerblichen Berufsgenossenschaften 7547. Der Rest entfällt vorwiegend auf die Knappschafts-Berufsgenossenschaft und betrifft Berufskrankheiten im Bergbau. Auf die einzelnen Industriearten und Gewerbegruppen verteilen sich die Meldungen folgendermaßen: In der Industrie der Steine und Erden waren es 1273, in der Metallindustrie 2886, in der chemischen Industrie 630, in der Textil- und Bekleidungsindustrie 232, im Holzgewerbe 37, im Nahrungsmittelgewerbe 27, im Buchdruckgewerbe 587, im Baugewerbe 754 und in der Papierindustrie 202. Bei der Verteilung dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß die wirtschaftliche Lage und mithin die Beschäftigung im Jahre 1930 sehr ungünstig waren und ferner eine ganze Anzahl Meldungen nicht Berufskrankheiten im Sinne der Verordnung betrafen. Ein für die Beurteilung geeigneteres Bild gibt die Zahl der entlassenen Berufskrankheiten. Sie hat sich von 771 auf

1281 erhöht. Hier kommt die Auswirkung der Verordnung sinnfällig zum Ausdruck, wenn auch anzunehmen ist, daß noch Verfahren über die im Laufe des Jahres gemachten Abklärungen schweben und somit die Zahl keinen endgültigen Abschluß bildet.

Deutsche in den Vereinigten Staaten. Nach der Volkszählung im Jahre 1930 beträgt die Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika 122 775 086. Darunter befinden sich, wie jetzt die Deutsche Reichsstelle für das Auswanderungswesen mitteilt, rund 12 Millionen Negrer, 1,5 Millionen Mexikaner, 330 000 nordamerikanische Indianer und 250 000 Japaner. Unter den fremdgeborenen Deutschen stehen die Deutschen an erster Stelle mit 8 873 000. Davon sind 1 608 514 in Deutschland geboren. Die Zahl ist allerdings nicht genau, da die in den abgetretenen deutschen Gebieten Geborenen drüben nicht als Deutsche geführt werden. Groß-New York zählt 257 588 Einwohner aus Deutschland mit 362 496 Kindern von deutschen Eltern, Chicago 111 366 mit 266 609, Milwaukee 40 787 mit 117 469, Philadelphia 37 923 mit 98 405, Cleveland 22 537 mit 59 872, St. Louis 22 315 mit 97 100, Buffalo 18 816 mit 59 886, Kansas 18 608 mit 36 708, Los Angeles 18 094 mit 54 039, Pittsburgh 14 409 mit 54 186, Baltimore 13 568 Deutsche mit 53 484 Kindern usw.

Für Pferdebesitzer. Der Viehversicherungs-Verein „Kassovia“ AG., Rhein-Maingau-Versicherung zu Wiesbaden, macht die Versicherten darauf aufmerksam, die Pferde während der bevorstehenden Festtage täglich mindestens 1/2 Stunde zu bewegen, und nur 1/2 Futter-Ration zu verabreichen, da erfahrungsgemäß bei keiner Arbeit und vollem Futter die Pferde leicht an Nierenkolik erkranken, eine Krankheit, die meistens zum Tode führt.

Hohes Alter. Frau Emma Weber Witwe, geb. Scherff, Roonstraße 20, hat am 22. d. M. ihr 84. Lebensjahr in voller Frische begangen.

Wiesbaden-Biebrich.

Der Reichs-Luftfahrt-Verein „Gabelsberger“, Wiesbaden-Biebrich, veranstaltete am vergangenen Samstag im Saale des Hotels „Bellevue“ seine diesjährige Weihnachtsfeier, die gut besucht war. Die Feier sollte gleichzeitig auch durch Bekanntgabe der Ergebnisse des Vereins-Wettstreitens Zeugnis ablegen von der im Verein geleisteten ersten Arbeit und den Erfolgen der Mitglieder. Die Weihnachtsrede hielt der Vorsitzende, Lehrer M. Disper. Der Gemeinamer Weihnachtsgefang, Musikvortritte und Regitationen umrahmten die Feier. Herr Disper überreichte dem Vorstandsmittglied August Hignauer zusammen mit einer Ehrenurkunde das Bundesabzeichen des Deutschen Stenographenbundes im silbernen Kranz. Auch der Verbandschreibmeister, Lehrer Georg Schöpp-Mainz, überreichte Herrn Hignauer ein Anerkennungsdiplom des Hessisch-Kasselerischen Kurzschrift-Verbandes. Herr Schöpp sprach dann über den Sinn des deutschen Weihnachtstages und hatte aufmerksame Zuhörer. Herr W. Mangelsdorf nahm anschließend die Preisverteilung zu dem Vereins-Wettstreiten vor und konnte folgende Mitglieder auszeichnen: Die Vereins-Meisterschaft für dieses Jahr errang Fräulein Maria Hofmann mit einer tadellosen Arbeit in 220 Silben; sie wurde mit einem 1. und Ehrenpreis geehrt. In der Abteilung 200 Silben wurde Fräulein Erna Schleuning mit einem 1. und Ehrenpreis ausgezeichnet; Fräulein Emmi Böttger einen 1. Preis. — In der Abteilung 160 Silben: Fräulein Irene Schleuning, Fräulein Waltraut Kerling je einen 1. Preis. In der Abteilung 140 Silben: Fräulein Erna Niebischner 1. und Ehrenpreis, Fräulein Roschen Fischbach 1. Preis, Fräulein Leni Fries, Herr Clemens Popp, Herr Josef Hannappel, Herr Adolf Gies je einen 2. Preis. In der Abteilung 120 Silben: Fräulein Gertr. Christmann 1. Preis, Herr Robert Weil, Herr Walter Dieb je einen 2. Preis. In der Abteilung 100 Silben: Fräulein Luise Brauch, Fräulein Lieselotte Mangelsdorf, Herr Karl von der Heide je einen 1. und Ehrenpreis, Fräulein Anne Orloff, Fräulein Anna Reuth, Herr Heinrich Knauer, Fräulein Luise Stritt, Fräulein Berta Krause je einen 1. Preis, Fräulein Thilde Kreidel, Fräulein Erna Gies, Fräulein Corry Graulich je einen 2. Preis, Fräulein Erna Schirmer, Fräulein Diana Ditzel, Herr Ferdinand Hignauer, Fräulein Christel Groß, Fräulein Hanni von Eiden, Herr August Herz, Fräulein Hedwig Wagner je einen 3. Preis.

Vorberichte

über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Kurhaus. Am 2. Weihnachtstag findet von 16.30 bis 18.30 Uhr ein Tanz-Tea statt. — Eine Veranstaltung von ganz besonderer Bedeutung steht für Sonntag, 27. Dezember, in Aussicht. Der Kurverwaltung ist es gelungen, die Prominenten den Humors des Rheinlandes, wie Willi Ostermann, Gustav Jacoby, Alfred Heinen und Victor von Schenk für einen lustigen Abend, betitelt „Vom Hundertsten ins Tausendste“, zu verpflichten. Erst kürzlich hat Gustav Jacoby im Rheinland in den verschiedensten Städten vor mehreren tausend Zuhörern größte Erfolge errungen. Dieselben Künstler werden nachmittags auch gelegentlich des Tanz-Teas mitwirken. — Der Kulturgroßfilm „Am Nil“, am Montag im kleinen Saal, bringt im ersten Teil Kairo, der zweite Teil zeigt die Pyramiden usw., der dritte Teil die Station Kene, die Tüpfelstadt, der vierte Teil Luxor, der fünfte Teil das fruchtbare Land des Nil, der sechste Teil die Wüste und Assuan. Es finden zwei Vorstellungen statt, um 16 und 20 Uhr. — Am Dienstag, 29. Dezember, findet im kleinen Saal ein Lichtbildervortrag „Japan, China und die Mandchukurei“ statt, gehalten von Dr. Spadeler. — Der Gesellschaftspaziergang am Dienstag führt zum Panoramaweg. Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses. — Der große Weihnachtsball der Kurverwaltung ist für Mittwoch, 30. Dezember, vorgesehen. Es werden auch diesmal wieder zehn wertvolle Gegenstände verlost.

* Stadttheater Mainz. Wochenspiellplan: Montag, 28. Dez., 19.30 Uhr: „Tiefenland“. Dienstag, 29. Dez. und Mittwoch, 30. Dez., jeweils 18.30 Uhr: „Aschenbrödel“. Donnerstag, 31. Dez., 19.30 Uhr, in neuer Einstudierung: „Der fidele Bauer“ von Leo Fall. Freitag, 1. Januar, 18 Uhr: „Siegfried“. Samstag, 2. Jan., 15 Uhr: „Aschenbrödel“. 19.30 Uhr: „La Bohème“. Sonntag, 3. Januar, 15 Uhr: „Aschenbrödel“, 19 Uhr: „Im weißen Rößl“.

Wiesbadener Lichtspiele.

* Ufa-Palast. „Nord“ ist das Weihnachtsprogramm des Ufa-Palastes. Die Ufa hat alle künstlerischen und technischen Mittel aufgebracht, um diesen Film unter größtmöglicher Wahrung des historischen Geschehens erleben zu lassen. Wie Nord, Führer des deutschen Volkes in schwerer Zeit, sich in erregter Kampfsituation zwischen Erkenntnis und Pflicht zu sich selbst, zu seiner weltgeschichtlichen Tat durchringt, bildet den Inhalt des Geschehens. Werner Krauß spielt die Titelrolle, Rudolf Hirscher den König Friedrich Wilhelm III., Grete Mosheim die Tochter Jords. Die Preise sind weiter gesenkt.

Das hat zur Folge, daß es gegenwärtig am Rande des Eismeers verhältnismäßig am wärmsten ist. So hatte Montagabend die isländische Ostküste mit 11 Grad Celsius die höchste Temperatur in ganz Europa, und auch in Lappland ist es für die Jahreszeit ungewöhnlich warm. Die im hohen Norden entlangliegende Warmluft bildet auch die Ursache der in Norddeutschland bisher herrschenden verhältnismäßig milden Temperaturen, da sie das Hochdruckgebiet an seinem Nordrand umkreist und ihren Einfluß dabei südwärts bis über die Ostsee hinaus geltend gemacht hat. Infolge Aufgleitens dieser wärmeren und feuchteren Luftmassen auf die feinkörnige Kaltluftschicht herrscht in weiten Teilen Mitteleuropas hochliegendes, dichtes Nebelgewölke, durch das der nächtliche Wärmeverlust durch Ausstrahlung verhindert wird. Andererseits wären bei der jetzt vorhandenen Schneedecke die Temperaturen längs auch in Nord- und Süddeutschland tief unter den Gefrierpunkt gesunken.

Das dürfte sich aber ändern, sobald sich der Hochdruckkern weiter nach Nordosten ausgedehnt hat. Die Luftzufuhr wird dann auch in Nord- und Süddeutschland aus östlicher Richtung erfolgen; es wird dann Aufheiterung eintreten, und die Temperaturen werden überall von neuem sinken. Eine Wiederholung der zu Beginn der Woche namentlich in Nord- und Ostdeutschland erfolgten Schneeweile schaltet mit dieser Entwicklung aus; dafür entsteht jedoch die Möglichkeit des Eintritts von Schneefall im westlichen Mitteleuropa, weil mit der Verlagerung des Maximums nach Osten die Warmluft der atlantischen Zyklogen näher an das Festland herangelangt und vielleicht in den westlichen Gebietsteilen auf die bodennahe Kaltluft aufsteigt. Jedenfalls gehen die Änderungen in der Zufuhrverteilung jetzt so langsam vor sich, daß das alte Hochdruckwetter das Wochenende und damit die Weihnachtstage aller Wahrscheinlichkeit nach überdauern.

Aus dem Magistrat.

Die Städtische Pressestelle teilt mit:

Senkung der Fahrpreise auf den städtischen Verkehrslinien.

Ab 1. Januar 1932 erfahren die Wochen-, Monats- und Schülerkarten eine Senkung von etwa 10 Prozent.

Verbesserung der Klosettanlagen der Schule an der Kastellstraße.

Mit dieser Vorlage haben sich die städtischen Körperschaften schon wiederholt beschäftigt. Zuletzt hatte die Stadtverordnetenversammlung einem Projekt zugestimmt, das den Umbau der jetzigen völlig unzulänglichen Einrichtung vorsah. Nachmals vorgenommene Vorarbeiten haben jedoch ergeben, daß es zweckmäßig ist, nicht die jetzigen Einrichtungen, die sich außerhalb des Schulgebäudes befinden, umzubauen, die sich außerhalb des Schulgebäudes befinden, umzubauen, sondern entsprechende Anlagen im Erdgeschoß des Schulgebäudes selbst zu erstellen. Der Magistrat stimmt dem neuen Projekt zu.

Neubesetzung eines Stadtverordnetenmandats.

Der Magistrat stellt fest, daß auf Grund des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gemachten Vorschlags als Ersatz für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Philipp der Steinmetzmeister Julius Fechner, Wiesbaden-Philippi, Mainzer Straße 45, in die Stadtverordnetenversammlung einzutreten hat.

Der Defraudant Bender in San Remo verhaftet.

Das Auslieferungsverfahren ist bereits eingeleitet.

Nach einer bei der Kriminalpolizei eingegangenen Nachricht ist der nach einer Unterschlagung von 51 000 M. flüchtig gegangene Geschäftsführer der hiesigen evangelischen Versicherungsanstalt Adolf Bender in San Remo in Italien festgenommen worden. Seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft ist das Auslieferungsverfahren eingeleitet. Ein Teil des Geldes hatte Bender noch in seinem Besitz.

Die Verschuldung der Kommunen.

Zahlungsbefehle vor dem Bezirksauschuss.

Von einem Gläubiger waren gegen die Landgemeinde Oberhöchstadt zwei Zahlungsbefehle in einer Gesamthöhe von 1719 M. für fällig gewesene Zinsen vom Amtsgericht Königstein i. Taunus erwirkt, und der Antrag beim Bezirksauschuss, die Zwangsvollstreckung zu genehmigen, gestellt worden. Bürgermeister Jungst von Oberhöchstadt sagte vor dem Bezirksauschuss aus, eine Bürgschaft, den Betrag nicht zu leisten, liege nicht vor, aber die wirtschaftliche Not zwingt die Gemeindeführung, ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können. Die Wohlfahrtslasten der 1600 Einwohner zählenden Gemeinde seien seit drei Jahren vor allem derart gestiegen, daß sie 13 000 M. ausmachten bei einer Einnahme von 15 000 M. Sie würden weiter ansteigen. Dazu komme die Arbeitslosigkeit, die in der Gemeinde herrsche. Oberhöchstadt zähle meistens Arbeiter die von Tag zu Tag aus ihren Arbeitsstellen in Frankfurt, Höchst und Oberursel entlassen würden. Wohl besitze die Gemeinde einen Waldkomplex im Werte von 78 000 M., Ackerland und Wiesen 84 000 M. Wert usw., aber was helfe es, wenn der Bezirksauschuss die Vollstreckung der Zahlungsbefehle zulasse, und der Gläubiger an den genannten Werten sich befriedige. Eine Verschleuderung derselben werde die Folge sein. Die Kapitalien, für die Zinsen zu erlegen, wurden benötigt zur Erbauung einer Feuerwehration auf Anordnung der vorgelegten Behörde (4562 M.) und zur Herstellung einer Durchgangsstraße (20 000 M.). Wenn die Gemeinde die 1719 M. zahlen könne, konnte der Bürgermeister nicht angeben, er verzögerte sich, einen Termin zu nennen, den er doch nicht einzuhalten vermöge. Er beantragte, der Gemeinde einen weiteren Ausstand zu gewähren und schloß: „Man lasse den Arbeitslosen Arbeit, dann kann die Gemeinde Oberhöchstadt, eine Arbeitergemeinde, auch ihren Verpflichtungen nachkommen.“ Der Gläubiger stellte den Antrag, die Zwangsvollstreckung zu genehmigen, um den Betrag durch die zwangsweise Versteigerung von Gemeindegutgrundstücken beizutreiben. Der Bezirksauschuss entschied: die Gemeinde Oberhöchstadt hat bis zum 15. Januar 1932 abzüglich 500 M. an den Gläubiger zu zahlen. Nach dem 15. Januar wird der Bezirksauschuss endgültig in einer Sitzung Beschluß in dem Falle fassen. Vor dieser Sitzung werden zwei seiner Mitglieder sich über die Kassen- und Vermögensverhältnisse der Landgemeinde Oberhöchstadt im Oberamtsumkreis orientieren. Der Bezirksauschuss vertritt grundsätzlich den Standpunkt, die Zwangsvollstreckung zu genehmigen, es scheint ihm aber angebracht, erst eine nähere Prüfung der Verhältnisse vorzunehmen, ehe er eine endgültige Entscheidung trifft.

Holzversteigerungen aus nassauischen Staatsforsten.

In verschiedenen Oberförstereien der Staatsforsten im Regierungsbezirk Wiesbaden im Laufe des Dezember abgehaltenen Holzversteigerungen wurden folgende Durchschnittspreise erzielt: Oberförsterei Lahde: Kiefern-Stammholz, Alter Einschlag: Klasse 2a von 20 bis 24 Zentimeter Mittendurchmesser, 64 Festmeter, je Festmeter 7 M.; Klasse 2b von 25 bis 29 Zentimeter Mittendurchmesser, vier Festmeter, je Festmeter 7,50 M. — Oberförsterei Merenberg: Schlechte Abfuhr. Kiefern-Stammholz, Alter Einschlag: Klasse 2b von 25 bis 29 Zentimeter Mittendurchmesser, 73 Festmeter, je Festmeter 11,50 M.; Klasse 3a von 30 bis 34 Zentimeter Mittendurchmesser, 131 Festmeter, je Festmeter 12,50 M.; Klasse 3b von 35 bis 39 Zentimeter Mittendurchmesser, 74 Festmeter, je Festmeter 12,50 M.; Klasse 4a von 40 bis 44 Zentimeter Mittendurchmesser, 50 Festmeter, je Festmeter 12,75 M.; Klasse 4b und Klasse 5 von 45 bis 49 Zentimeter bzw. von 50 bis 59 Zentimeter Mittendurchmesser, 14 Festmeter, je Festmeter 12,75 M. — Oberförsterei Haiger: Kiefern-Stammholz, Alter Einschlag: Klasse 3a bis 4a von 30 bis 44 Zentimeter Mittendurchmesser, 53 Festmeter, je Festmeter 13,50 M. — Oberförsterei Elbrighausen: Buchen-Stammholz, Alter Einschlag: Güterklasse N, normal, gewöhnliche, gesunde, mit unerschlichen Fehlern behaftete Stücke; M. 2 unter 20 Zentimeter Mittendurchmesser, 153 Festmeter, je Festmeter 8 M.; dieselbe Klasse, 70 Festmeter, je Festmeter 7 M. — Oberförsterei Rachenbach: Buchen-Stammholz, Neuer Einschlag: Güterklasse N, Klasse 2 unter 20 Zentimeter Mittendurchmesser, 120 Festmeter, je Festmeter 8 M.; Klasse 3 von 20 bis 39 Zentimeter Mittendurchmesser, 70 Festmeter, je Festmeter 10 M.; Klasse 4 von 40 bis 49 Zentimeter Mittendurchmesser, 10 Festmeter, je Festmeter 12,50 M.

Wer ist schuld?

Zur Frage der Verkehrsunfälle.

Die Statistik berichtet vor kurzem, daß sich während des Monats November in der Reichshauptstadt etwa 1200 Verkehrsunfälle, durch die Kinder zu Schaden kamen, ereignet haben als im gleichen Monat des vorhergehenden Jahres. Man kann über die Frage streiten, ob das auf den intensiven und anschaulichen Verkehr unterrichtet zurückzuführen ist, der jetzt an allen Schulen regelmäßig stattfindet, oder aber ob die Tatsache viel dazu beiträgt, daß sehr viele Kraftfahrzeugführer ihre Fahrzeuge — in Berlin sind es 25 Prozent der zugelassenen — auf Grund der Automobiltaxe aufgegeben haben. In dieser Verbindung ist eine von einem anderen Gesichtspunkt aus aufgestellte Statistik über Verkehrsunfälle aufschlußreich, die zufälligerweise etwa zur gleichen Zeit in London und in New York durchgeführt wurde. In London galten die Beobachtungen ausschließlich dem Alter der Passanten, die in die Gefahr des Verfalls gekommen waren. Dabei stellte sich heraus, daß es in der großen Mehrzahl ältere Personen waren, die Verkehrsunfälle als Fußgänger zum Opfer fielen. Man müßte demnach annehmen, daß sich im allgemeinen ältere Personen entweder nicht mit den modernen Verkehrsregeln befreunden können, weil sie das in früheren Zeiten nicht nötig hatten, oder aber, daß sie in geringerer Weise um ihr Leben besorgt sind als die Jüngeren. Vermutlich wird die erste Begründung eher zutreffen; denn die zweite These erscheint in psychologischer Beziehung recht anfechtbar. Im Vergleich mit dem Ergebnis dieser Beobachtung ist die amerikanische Statistik von Interesse, die sich nur mit dem Alter derjenigen beschäftigt, die als Fahrer von Kraftfahrzeugen bei Kollisionen mit Passanten in Betracht kamen. Sie zeigt, daß etwa 40 Prozent dieser Fahrer weniger als 20 Jahre alt waren, daß dagegen verschwindend wenige Fälle beobachtet worden sind, in denen der Fahrer die Grenze der 40 bereits überschritten hatte und daß sich die Anzahl der Unfälle entsprechend verminderte, je näher das Alter der Fahrer an diese Grenze heranrückte. Fast man demnach die beiden Beobachtungen betrachten zusammen, so ergibt sich schließlich, daß der ältere Mensch als Fußgänger im Verkehr verletzter ist als der jüngere Mensch bei jedem Fahrer voraussetzt, wie er in seinem Falle beobachtet.



Dem Andenken der Schöpfer des Weihnachtsliedes „Stille Nacht, heilige Nacht“.

Das Denkmal in der Kirche von Markt-Oberndorf bei Salzburg. Das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ ist so sehr allgemeines Volksgut geworden, daß sein Dichter und sein Komponist kaum bekannt sind. Die Dichtung kamme von dem Pfarrer Joseph Mohr und die Melodie von dem Lehrer und Organisten Franz Gruber. Das Lied entstand im Jahre 1824. In der Kirche von Markt-Oberndorf bei Salzburg ehrt eine lebensvolle Plastik das Andenken des Dichters und des Komponisten.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Der Mainzer Tunnel wird aufgeschlüsselt.

— Mainz, 22. Dez. Mit dem Plan, den Mainzer Eisenbahntunnel aufzuschlüsseln, ist jetzt begonnen worden. Die Reichsbahn beabsichtigt, den 1200 Meter langen Tunnel auf einer Strecke von ungefähr 300 Metern freizulegen. Die technischen Untersuchungen haben ergeben, daß das Aufschlüsseln ohne Störung des Eisenbahnverkehrs, der durch den Tunnel recht lebhaft ist, durchgeführt werden kann. Die gesamten Aufschlüsselungsarbeiten werden einen Zeitraum von etwa zwei Jahren in Anspruch nehmen. Die Arbeiten werden vorerst in einer Länge von 200 Metern durchgeführt.

Der Revolverheld aus der Bilsener Straße gesteht.

— Frankfurt a. M., 23. Dez. Während die beiden Mörder bei der Revolverhelderei im Café Daube in der Bilsener Straße bereits vor Gericht ein Geständnis abgelegt hatten, verteidigte sich bisher der eigentliche Schütze Roman Müßig darauf, zu leugnen. Gestern wurde er nun den Tatzeugen gegenübergestellt, die ihn einwandfrei als den Täter wiedererkannten. Daraufhin bequimte sich Müßig zu einem Geständnis und gab an, der Schütze gewesen zu sein. Müßig kommt auch noch für eine Reihe weiterer Straftaten als Täter in Frage, die die Polizei jetzt aufzuklären sucht, über die näheres mitzuteilen jetzt aber nicht ratsam erscheint.

Großes amerikanisches Heilbadprojekt?

— Bad Nauheim, 22. Dez. Unter dieser Überschrift berichtet die „Bad Nauheimer Zeitung“: „Nach Meldungen amerikanischer Zeitungen, die inzwischen auch den Weg in deutsche Blätter gefunden haben, soll der amerikanische Staat New York beabsichtigen, die Stadt Saratoga Springs, die schon längst eine Mineralquelle besitzt, mit einem Aufwand von etwa 30 Mill. M. zu einem amerikanischen Heilbad auszubauen. Wie es in den erwähnten Veröffentlichungen weiter heißt, soll Professor Croedel-Bad Nauheim mit der staatlichen amerikanischen Kommission zusammenarbeiten, die die Entwicklung der Saratoga-Quellen in die Hand genommen hat. Ob diese Nachricht den Tatsachen entspricht, konnten wir noch nicht feststellen.“

Der Sport an den Feiertagen.

Fußball.

Süddeutschland.

Die Punkte kämpfe.

Verbands Spiele im Schnee! Terminnot zwingt den FVB, auch an den Weihnachtsfeiertagen eine Unterbrechung der süddeutschen Bezirksmeisterschaften nicht eintreten zu lassen. Ohne Überraschungen dürfte es auch diesmal nicht abgehen; die durch die leistungsfähigsten Schneefälle herbeigeführte Veränderung der Bodenverhältnisse werden sicherlich manchem Verein verhängnisvoll sein. Besonders starker Spielbetrieb herrscht in der Gruppe Main, die mit den Punkte spielen noch am weitesten zurückliegt. Hier wird am 25., 26. und 27. Dezember gekämpft. Am 1. Feiertag stehen sich Rot-Weiß Frankfurt — Germania 1894 Frankfurt, Kickers Offenbach — Union Niederrad, Hanau 1893 — SpVgg. 1902 Griesheim — VfL Neu-Heuburg — FSV. Heusenstamm gegenüber. In Hanau ringt man gegen den Abstieg, während sich Rot-Weiß im Treffen gegen Germania 1894 wichtige Punkte sichern dürfte. Am folgenden Tag treten folgende Mannschaften in die Schlachten: FSV. Frankfurt — Eintracht (1). Das Hauptereignis am Main! Die Hornheimer benötigen nur einen Punkt, um Tabellenweiter und Meisterschaftsteilnehmer zu sein. Eine Niederlage rollt die Frage um den Besitz dieser so wichtigen Position zwischen FSV. und Rot-Weiß wieder von neuem auf. Der Sonntag

Die Schwiegermutter tödlich verfehlt.

— Hünfeld, 23. Dez. Im Kreisort Hünfeld geriet ein Einwohner mit seiner Schwiegermutter des Öfteren in Streit. In der vergangenen Woche, als es zwischen Schwiegerohn und Schwiegermutter wieder zu Streitigkeiten kam, verfehlte der Schwiegerohn der Schwiegermutter einen Schlag mit einem Werkzeug über den Kopf, so daß die Frau eine blutende Wunde davontrug. Am Samstag ist nun die 75 Jahre alte Frau an einer Blutvergiftung gestorben. Die Hanauer Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmt und gegen den Schwiegerohn ein Verfahren wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang eingeleitet. Sperrung der Schleuse Kistheim wegen Frostverschärfung.

Zur Schließung des Kasseler Staatstheaters.

— Kassel, 23. Dez. In der gestrigen Magistratsitzung beschäftigte sich Oberbürgermeister Dr. Stadler mit der Schließung des Kasseler Staatstheaters. Dr. Stadler sprach die Forderung der Stadt Kassel an den preussischen Staat aus, daß er seinen Verpflichtungen gegenüber dem Theater auch weiterhin nachkommen müsse. Von der Stadt werde jede irgendwie gedachte Übernahme des Theaters in eigene Regie oder eine Verpachtung abgelehnt. Der Magistrat stimmte dieser Forderung einstimmig zu. In einem Brief an den Stadtverordnetenvorsteher hat Oberbürgermeister Dr. Stadler mitgeteilt, daß auf Grund der gespannten Kassenlage die Auszahlung der Weihnachtsgeldmieten schlechterdings unmöglich sei. Es sei trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die erforderlichen Geldmittel bereitzustellen. Die Auszahlung der laufenden Wohlfahrtsunterstützung sei nur unter den größten Anstrengungen möglich gewesen.

— Frankfurt a. M., 23. Dez. Wie das Wasserbauamt mitteilt, wird wegen drohender Frostverschärfung die Verschleiss durch Schleuse Kistheim ab Mittwochmittag gesperrt. Der Abbau der Nadelwehre ist für Donnerstagvormittag vorgesehen.

— Limburg a. d. L., 22. Dez. Invalidenrentenempfänger im Bereich der Landesversicherungsanstalt Hessen-Kassel, die über 95 und 100 Jahre zählen, sind: Peter Schupp in Saumbach (Unterwesertal), mit 103 Jahren; Johann Seebold in Hornau i. T. mit 96 Jahren, und Peter Mersfeld in Hadamar mit 95 Jahren.

— Kitzlar, 22. Dez. Die städtische höhere Knabenschule Kitzlar, die auf ein 300jähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt aus Anlaß dieses Jubiläums unter höchster Anteilnahme der Behörden, Freunde, Gönner und Eltern der Schüler eine Feier ab. Den Festvortrag hielt der bekannte Forscher der Kitzlauer Geschichte, Studienrat Dr. Penz, der ein reichhaltiges Bild der Vergangenheit der Schule vor den Zuhörern entrollte. Bürgermeister Dr. Schnitzler überbrachte die Glückwünsche der Stadt. Die Glückwünsche der Provinzialhochschulen wurden von Oberstudient Dr. Sühmann-Kassel dargebracht.

Bola Negri im Sterben.

Sie lebt nur noch durch Bluttransfusion.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte Bola Negri Leben nur noch nach Tagen, vielleicht sogar nur noch nach Stunden bemessen sein. Die Künstlerin erkrankte vor einigen Tagen an einer Blutvergiftung, die sich als weit gefährlicher erwies, als man zunächst angenommen hatte. Bola Negri wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, wo man bald erkannte, daß es sich um eine gefährliche Infektion handelte. Die Patientin wurde operiert, doch ist ihr Zustand so besorgniserregend, daß die Ärzte fast jede Hoffnung aufgegeben haben. Es lag schon so aus, als ob die Schauspielerin schon kurz nach der Operation sterben würde. Man entschloß sich, da keine Zeit zu verlieren war, zu einer sofortigen Bluttransfusion. Glücklicherweise befand sich im Krankenhaus ein 22-jähriger Student der Medizin, der sich erbot, sein Blut für diese Prozedur herzugeben. Es wurde ihm etwa ein halber Liter Blut entnommen und Bola Negri zugeführt. Nach der Transfusion besserte sich der Zustand der Kranken vorübergehend, aber diese Wirkung war nur von kurzer Dauer. Die Ärzte wollen nochmals versuchen, der Künstlerin neues Blut zuzuführen, und derselbe junge Student hat erklärt, daß er bereit sei, sich noch einmal entnehmen zu lassen. Das ist zwar sehr heldenmütig gedacht, aber man weiß nicht, ob man dem jungen Mann das noch einmal zumuten kann, ohne ihn empfindlich in seiner Gesundheit zu schädigen. Andererseits ist es nicht leicht, in aller Eile einen Menschen aufzutreiben, dessen Blutgruppe derjenigen der Künstlerin so verwandt ist, daß die Transfusion mit Erfolg vorgenommen werden kann. Das Leiden der Künstlerin, das zu den Vergiftungserscheinungen führte, soll nicht erst neueren Datums sein. Allerdings soll sich Bola Negri bemüht haben, ihre Krankheit möglichst vor der Welt zu verheimlichen, denn sie wollte in nächster Zeit zum Tonfilm übergehen, um ihren verbliebenen Ruhm wieder aufzurufen. Nun dürfte aus diesen Plänen nichts mehr werden. Es ist merkwürdig, daß fast zur gleichen Zeit drei Künstler, die ihren Ruhm überlebt haben, von schweren Krankheiten befallen wurden. Ewa de Putti ist tot, Tom Mix schwer erkrankt, und Bola Negris Leben dürfte nur noch kurze Zeit währen.

Baden:					
1. FV. Karlsruhe	18	13	3	2	68:11 29
2. FV. Rastatt	18	9	5	4	39:25 23
FV. Rheinfelden, FV. Bülbingen oder Rhönitz Karlsruhe steigen ab.					
Rhein:					
1. SV. Waldhof	18	13	3	2	68:17 29
2. VfL. Rodgau	18	11	5	2	44:21 27
FV. Sandhausen und FV. Kirchheim steigen ab.					
Saar:					
1. FV. Birmasens	17	12	3	2	52:28 27
2. FV. Saarbrücken	18	12	2	4	53:21 26
Westmark Trier und VfL. Birmasens steigen ab.					

Um die Hellenmeisterchaft!

Worms: *Formica* — JEB. 1905 Mainz!

Endlich soll die Entscheidung auch in unserer Gruppe fallen. Noch einmal begibt sich die Mainz' Elf nach Worms, um den Vornormaten den mehrfachen Titel zu entreißen. Allerdings werden die Gäste vor einer schwer lösbaren Aufgabe stehen, denn die Meister' Elf hat sich in den letzten Wochen derartig verbessert, daß ihr ein Sieg über die Mainz' wohl gelingen mag, zumal sich letztere von der schweren Vorjourningsniederlage kaum erholt haben können. Schon der Spielverlauf der seinerzeit abgebrochenen Partie ließ das Wiedererstarken des Altmeisters deutlich erkennen und die Mainz' sollen damals angefaßt der ärgsten starken und wuchtigen Normatia-Angriffe recht zufrieden gewesen sein, als der Unparteiische wegen Unspielbarkeit des Platzes das wichtige Spiel kurzerhand abpfiß. Mit dieser Möglichkeit ist aber diesmal nicht zu rechnen und die Elf des heftigen Tabellenführers wird, wenn sie sich immer noch nicht stark genug fühlt, auf alle Fälle ein Unentschieden erzwingen müssen, um Normatia Worms in der Meisterschaft abzuweisen. Der interessante Kampf steigt am 27. Dezember im Normatia-Stadion.

Um die jüddentische Meisterſchaft.

Pforzheim: I. F. R. — F. B. Karlsruhe.

Dem Vorpostengeplänkel in der Gruppe Nordwest am Donnerstag folgt am 27. Dezember ein weiteres süddeutsches Reiterkesselspiel in der Abteilung Südost, die damit ebenfalls die Schlusspiele eröffnet. Die bereits in der vorjährigen Saison recht starken Biorzheimer haben es diesmal in Anknüpfung an glanzvolle Tradition zum Titelhafter Württembergs gebracht.

Reichsbahn-TSB.: Am Sonntag, 27. Dez., findet das jällige Pflichtspiel der 1. Fußballmannschaft gegen Raurod auf dem Reichsbahnplatz statt.

Handball D. S. B.

In Weihnachten

In dieses Jahr nur geringer Spielbetrieb. Die Notzeit läßt
 ausgedehnte Reisen, wie sie bisher an hohen Festtagen üb-
 lich waren, nicht mehr zu. Am ersten Feiertag herrscht
 überall Ruhe. Am 2. Feiertag beginnen die Württem-
 berger mit ihren Endspielen. Die Favoriten, Stuttgarter
 Riders und Polizei Stuttgart, wollen sich in den Händen
 der Gegner, bei SpBgg. Tübingen bzw. VfB. Stuttgart, die
 ersten Punkte holen. — In Wiesbaden kommt ein
 Freundschaftstreffen Post-SB. Wiesbaden — T. v.
 Kloppenheim zur Austragung; es beginnt um 11.
 Uhr auf dem Reichsbahnplatz. Vorher (um 10 Uhr) spielen
 die 2. Mannschaften der beiden Vereine gegeneinander. —
 Siegfried besucht mit seinen Reserveen den T. v. Walfau.
 — Lebhafter ist es am Sonntag:

Aus den Gerichtssälen.

Der Kavag-Prozeß.

Frankfurt a. M., 22. Dez. Im Favag-Prozeß wurden heute eine Reihe von Zeugen vernommen, die zu den Grundstücks-Geschäften Kirschbaums ausführliche, in alle Einzelheiten gehende Aussagen machten. Von größerer Bedeutung waren die Angaben des Zeugen Lauber, der zugleich Geschäftsführer der Rhenania und Angestellter der Favag war. Er hatte eine Garantieurkunde über 500 000 Schweizer Franken für die Schweizer Rückversicherung ausgestellt. Prämien wurden für die Bürgschaft nicht bezahlt, aber bei dem Zusammenbruch der Favag in die Schulsumme der Rhenania aufgenommen. Kirschbaum habe sich wenig um die Rhenania gekümmert. Auf Aufforderung Kirschbaums schilderte der Zeuge sodann das Verhalten, das bei einer Bürgschaftsübernahme durch die Favag gehandhabt wurde. Auf einen Einwurf des Staatsanwalts muß der Zeuge jedoch zugeben, daß im Falle Malatoff diese geschäftlichen Grundlinien nicht eingehalten wurden. Eine bemerkenswerte Erklärung gibt der als Zeuge vernommene Immobilienmakler Schlesinger ab, indem er ausführte, daß er in seinen Geschäftsverhandlungen bei Kirschbaum größere Zurückhaltung als bei Beder und dem Bauunternehmer Hilt beobachtet konnte. Er habe ihm dadurch „manches Geschäft verboren“. Der Grundstücksmakler Beer bezeichnete seinerzeit die Malatoff-Transaktion als „das Geschäft Frankfurts“. Nach der Vernehmung einiger weiterer Rastler, die nichts Besonderes mehr brachte, wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Der Lüberder Tuberkulose-Prozeß.

Lübeck, 22. Dez. In der heutigen Verhandlung des Calmette-Prozesses betonte Professor Dr. Hahn in seinem Schlussgutachten, daß man die Möglichkeit einer virulenten Steigerung beim BCG nicht bestritten könne. Die Kulturen könnten, wenn man eine Virulenzsteigerung annehmen wollte, in Lübeck nur durch die Art der Züchtung virulent geworden sein. Der Sachverständige hält einen Rückschlag im Lübecker Fall für unwahrscheinlich. Die einzelnen Fälle, in denen Schädigungen nach BCG-Fütterung beobachtet wurden, bezögen sich immer darauf, daß eine Schädigung im Kindeskörper stattfand. Eine Abspaltung virulenter Keime im Lübecker Fall sei deshalb als unwahrscheinlich zu bezeichnen; vielmehr sei damit zu rechnen, daß durch virulente Bazillen der Impfstoff verunreinigt wurde. Professor Dr. Voll (Hamburg) erstattete sein bakteriologisches Gutachten und erklärte zum Schluß, er sei nicht in der Lage, die Möglichkeit einer Verwechselung oder Verunreinigung als Ursache des Lübecker Unfalls auszuschließen.

Der Vorsitzende richtete dann noch einmal eindringlich die Frage an die Schwester Anna Schütze, ob sie tatsächlich die Kieler Kultur nur auf flüssigem, und nicht doch auf festem Nährboden abgeimpft habe. Die Schwester antwortete: „Auch wenn ich wüßte, daß ein Versehen passiert ist, so würde ich es auch sagen.“ Der Vorsitzende vertagte die Verhandlung auf den 24. Dezember, wo jedoch nur eine turge formelle Sitzung stattfindet. Der Prozeß geht dann am 26. Dezember nachmittags weiter.

Fe. Erfolgreiche Berufung. Langjährige Zuchthausstrafen hatte der Bruder der Frau Elisabeth B., der Arbeitslose D., hinter sich und fand bei seiner Schwester Aufnahme. Gegen Abend verließ er meistens die Wohnung mit seinem Motorrad und kehrte in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages oder nach einigen Tagen zurück. Frau B. die die Vorstrafen ihres Bruders nicht kannte, zumal sie ihn in ihrem Leben nur dreimal gesehen hatte, erhielt von dem Bruder zur Hochzeit zwei Kistern und wenige Tage

SB. 1898 Darmstadt und Sportverein Wiesbaden

eröffnen im Darmstädter Waldstadion (um 2.30 Uhr) den Kampf um die Bezirksmeisterschaft von Kain-Hessen. Das erste Spiel ist auch zugleich das schwerste, das die Hiesigen in diesem Wettbewerb zu bestreiten haben. Leider waren sie an den letzten Sonntagen nicht mehr in der glänzenden Verfassung, durch die sie während der Verbandsspiele ihre zahlreichen Anhänger wiederholt zu begeistern vermochten, so daß wir ihrem Start zu höheren Zielen nicht ohne Mißtrauen entgegensehen. An einen Erfolg ist jedenfalls nur in ganz ausgezeichneter Form zu denken.

Bei den Damen wird der Kampf um die Main-
meisterschaft mit den besten Aussichten für Eintracht
Frankfurt weitergeführt.

In Hessen kämpfen Wormalia Worms und TSB. Braunschardt um den 4. Platz. — Am Rhein hofft man, endlich der Entscheidung näher zu kommen, die nur noch zwischen VfR. Mannheim und SV. Waldhof (3 gegen 4 Verlustpunkte) liegt. In Wiesbaden steigen einige

Grundhaftstreffen:

Reichsbahn-TEB. Wiesbaden — Hakoah Wiesbaden.

Post: SR. Wiesbaden — SR. Sachjenhausen.
SR. 1919 Biebrich — DSR. 1905 Mainz.

Reichsbahn und Hakoah tragen um 9.45 Uhr auf dem Platz an der Kronprinzstraße die Partie aus, die schließlich wegen Regens beim Stande 0:1 vorzeitig abbrechen mußten. — Post-S.B. hat um 11 Uhr auf dem neuen Platz an der Kaiserstraße einen Vertreter der Nachbargruppe zu Gast, dessen Verbleiben in der Liga zwar noch fraglich ist, sich aber in seinem letzten Kampf gegen den Meisterwartensanwärter F.S.B. Frankfurt so tapfer geschlagen hat, daß ein ausgeglichenes Gefecht zu erwarten ist. — S.B. 19 Biedrich wagt gegen den Ermeister der Liga (um 15 Uhr auf dem Dönderhoffplatz) einen Gang, der Aufschluß darüber geben kann, ob unser A-Meister schon reif für die erste Klasse ist. Vorher (um 12.30 Uhr) begegnen sich die Reservisten der beiden Vereine.

Leicht - Athletik.

Unter den „zehn Besten Süddeutschlands“ befinden sich diesmal auch zwei Leichtathleten des Sportvereins Wiesbaden: Erich Schwethelm, der sich drei Plätze in dieser Ehrenliste erringen konnte, und zwar den 1. im 400-Meter-Hürdenlauf mit 58,8 Sek., den 4. im 110-Meter-Hürdenlauf mit 16,2 Sek. und den 10. im Zehnkampfstampf mit 5508,745 Punkten, und Willi Sander, der im 400-Meter-Hürdenlauf mit 59,4 Sek. an 5. Stelle steht. Da Schwethelm und Sander mit diesen Leistungen zu den 30 Besten Deutschlands gehören, werden sie von der DSB die „30-Besten-Nadel“ erhalten. Im Mannschaftstampf hat sich Schwimmklub Wiesbaden ausgezeichnet. Er konnte in der 3×1000-Meter-Staffel in der Süddeutschen Liste mit 8:36,8 Min. den 7. Rang erreichen.

darauf ein Spanjerfel, angeblich von der „Tante im Huns-
rüd“. Die Gefäße waren aber gestohlen. Wegen dieser
und anderer Diebstähle hat D. inzwischen sechs Jahre Zucht-
haus erhalten. Wegen Hehlerei hatte Frau B. vom Amts-
gericht vor einiger Zeit eine Gefängnisstrafe von einem
Monat erhalten. Frau B. verfolgte gegen dieses Urteil
Berufung. Die kleine Strafammer hob das vorinstanzliche
Urteil auf und sprach Frau B. von Strafe und Kosten frei.

Fc. Wegen vorläufiger Körperverletzung im Amte in zwei Fällen verurteilte das Schöffengericht Wiesbaden den 24-jährigen Polizeiwachmeister W., zugeteilt der Wiesbadener Polizeibereitschaft, aus § 340 St.-G.-B. zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis, unter Zubilligung mildernder Umstände. Eine dreijährige Bewährung wurde dem Angeklagten zu teil, bei Aufsehung einer Geldbuße von 160 Mark, unter der Voraussetzung, daß er aus dem Bereich Groß-Wiesbaden von seiner vorgesetzten Behörde entfernt wird. Der angeklagte Polizeiwachmeister hatte am 5. November 1930 abends gegen acht Uhr den 19-jährigen Th., der in der Schiersteiner Straße mit unbeleuchtetem Fahrrad fuhr, zwecks Feststellung seiner Personalien nach der Gersdorff-Wache geführt, dort mit dem Gummiknüppel geschlagen, so daß Th. am Ohr blutete. In dem zweiten Falle brachte W. am 28. Februar 1931 auf Anordnung des Polizeioberleutnants R. den Mechaniker Willi K. auf die Wache der Friedrichstraße zur Feststellung der Personalien und mißhandelte ihn im Wachtlokal, angeblich, um einen Angriff des K. abzuwehren. W. gab dem K. einen Rinnhafen, so daß dieser erst nach Anlegen eines Verbandes nach Stunden entlassen werden konnte.

* **Mörder und Waffendieb.** Der am Montag wegen Totschlags an dem Feldhüter Hattemer zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurtheilte Former Emil Lorenz hat am Dienstag noch einmal in Frankfurt a. M. auf der Anklagebank erscheinen müssen. Es handelt sich dabei um die schweren Frankfurter Einbrüche in einen Laden für Reformartikel in der Schägergasse und in ein Waffengeschäft in der Neuen Mainzer Straße. In beiden Fällen hatte Lorenz Komplizen, darunter seinen künftigen Begleiter, den Glasreiniger Julius Wolf. Die schwere Arbeit — wie aus den Polizeiberichten ersichtlich sein wird, waren Dedeln und Wände zu durchbrechen, um in das Ladeninnere zu kommen — leistete Lorenz. In der Schägergasse wurde die Hande durch die „weiße Dame“ des Hauses in großen Schreden versetzt. Als sich Lorenz als Erster in den Laden begeben wollte, sah er einen „Geist“ hinter einem Sad sitzen, der sich später zur allgemeinen Beruhigung als eine weiße Hausfrau erwies. Das Gericht billigte Lorenz mildere Umstände zu, nachdem der Gefängnisarzt noch einmal eine sehr seltsame Geschichte von zwei Herzen erzählt hatte, die Lorenz in Haft an sich entdeckt haben wollte. In früheren Verfahren ist ihm bekanntlich zweimal der § 51 zugebilligt worden. Das Gericht erkannte gegen ihn auf drei gegen Wolf auf dreieinhalb Jahre Gefängnis. Gegen die übrigen Angeklagten auf Gefängnisstrafen zwischen drei Monaten und einem Jahr.

* 14 Jahre Zuchthaus für den Mörder des Feldhüters. Das Schwurgericht Frankfurt a. M. verurteilte am Montag den Former Emil Lorenz, der am 9. September bei Kallbach den Feldhüter Hattmer erschossen hat, wegen qualifizierten Totschlags (Totschlag eines Beamten der Ergreifung auf freier Tat) und unbewegten Waffenbesitzes zu 14 Jahren 2 Monaten Zuchthaus. Die Verhandlung ergab die bekannten Umstände. Lorenz ist ein vielfach vorbestrafter Mensch. Er war von dem Feldhüter Hattmer mit seinem Komplizen, dem Glasreiniger Julius Wolf, beim Obstdiebstahl gestellt worden und schoß den Beamten nieder, als er seine Personalien angeben sollte. Wolf war an der Bluttat selbst unbeteiligt, er wird sich

aber in einer für Dienstag angedachten Verhandlung vor dem Frankfurter Großen Schöffengericht zusammen mit Lorenz wegen der Einbrüche in ein Reformhaus und in ein Waffengeschäft zu verantworten haben, die wenige Tage vor der Raibacher Mordtat ausgeführt worden sind.

* Freispruch im Giftmordprozeß Dr. Kiedel-Guala. Der Giftmordprozeß Dr. Kiedel-Guala in Burgdorf ist nach zweiwöchiger Dauer mit der Freisprechung der beiden Angeklagten zu Ende gegangen. Sowohl Antonia Guala wie auch Dr. Max Kiedel wurden von allen gegen sie erhobenen Anklagen freigesprochen; diese lauteten bei Fräulein Guala auf Mord, bezw. Beihilfe zum Mord, bei Dr. Kiedel auf dieselben Delikte und außerdem auf Beihilfe zum Selbstmord bezw. fahrlässige Tötung. Kiedel wird außerdem mit Wirkung vom 29. Juli 1930 an wieder in die Befugnis zur Ausübung der ärztlichen Praxis eingesetzt. An Entschädigungen wird den Freigesprochenen nach Abzug der Gerichtskosten zuerkannt: Guala 15 000 Franken, Dr. Kiedel 36 000 Franken. Das Urteil wurde von der zahlreichen außerhalb des Gerichtssaales wartenden Menge mit kläglichem Beifall aufgenommen, die Freigesprochenen hatten Mühe, zu ihrem Kraftwagen zu gelangen. Der Gerichtspräsident hatte bei Verkündung des Urteils u. a. ausgeführt, das Gericht habe nicht zu der Überzeugung von der Schuld kommen können. Dagegen habe Dr. Kiedel seiner Frau nicht diejenige Hilfe angedeihen lassen, die am Platz gewesen wäre. Der Fall Kiedel-Guala hat die Öffentlichkeit der Schweiz lange Zeit in Atem gehalten. Dr. Kiedel und Fräulein Guala waren im Jahre 1926 vom Burgdorfer Gericht wegen der angeblichen Ermordung der Gattin des Dr. Kiedel zu je 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Frau Dr. Kiedel war im Dezember 1924 nach einer Arsenitvergiftung gestorben, und das Gericht hatte damals als erwiesen angesehen, daß Dr. Kiedel die Mordtat in Gemeinschaft mit seiner damaligen Geliebten, Antonia Guala, verübt habe. Im Juni 1931 hatte der Kassationshof in Bern das Urteil aufgehoben, und die Bemühungen der Verteidigung hatten zu dem jetzt beendeten Wiederaufnahmeprozess geführt.

Schneebericht

der öffentlichen Wetterdienststelle Frankfurt a. M.

Ort	Wasser	Temperatur beim Schneefall (in Grad)	Größen- heit der Schneedecke	Sport- möglichkeiten
Tauern				
Al. Feldberg	heißer	+ 8 cm	Pulverschnee	Ski u. Rob. mögl.
Arondberg	bewölkt	- 3	3 cm	"
Gealburg	"	- 5	8 cm	"
Werdoskopf	"	- 5	5 cm	Kobel sehr gut
Gr. Feldberg	"	"	"	Ski u. Rob. mögl.
Höhen				
Wassertrappe	heißer	- 2	16 cm	Pulverschnee
Gersleb	"	- 12	12 cm	Ski u. Rob. l. g.
Wienacher Haus	"	- 3	15 cm	"
Dammersfeld	"	- 2	18 cm	"
Kreuzberg	"	- 3	20 cm	"
Vogelberg				
Berchenhainer H.	"	- 3	10 cm	Ski u. Kobel gut
Hoherodskopf	"	- 4	15 cm	"
Odenwald				
Heuntischen	bewölkt	- 4	18 cm	Ski, Rob. steil
Schwarzwald				
Hintergarten	heißer	- 11	15 cm	Ski u. Rob. gut
Hornisgrunde	"	- 9	40 cm	"
Hühfelsen	"	- 7	40 cm	Kaukreis
Teiberg	"	- 12	8 cm	Pulverschnee
Feldberg	"	- 12	20 cm	verhärtet
Furtwangen	"	- 13	20 cm	Pulverschnee
Schauinsland	"	- 3	15 cm	"
Freudenstadt	bewölkt	- 9	6 cm	"
Wildbad	heißer	- 8	10 cm	"
Schönwald	"	- 4	25 cm	"
Harz				
Schierke	"	- 4	8 cm	Kaukreis
Wittenau	"	- 11	10 cm	Pulverschnee
St. Andreasberg	"	- 4	10 cm	"
Benediktstein	"	- 11	5 cm	Ski, Rob. steil
Torfbau	"	- 1	10 cm	Ski u. Kobel gut
Wolfsberg	"	- 7	5 cm	nur Kobel mögl.
Thüringerwald				
Oberhof	"	- 7	30 cm	"
Frederichroda	"	- 4	25 cm	Ski u. Rob. l. g.
Wasserberg	"	- 4	28 cm	"
Teilsberg	"	0	30 cm	"
Neubaus a. Rhg.	"	- 10	15 cm	"
Schmiede	"	- 3	20 cm	"
Kaufha	"	- 5	20 cm	Ski u. Kobel gut
Wühlberg	"	- 5	24 cm	Ski u. Rob. l. g.
Rebellen	bewölkt	- 16	24 cm	"
Alpen				
Garmisch-Part.	heißer	- 17	26 cm	"
Wank-Reitzenf.	"	- 3	55 cm	"
Oberstdorf	"	- 18	20 cm	"
Oberammergau	"	- 20	50 cm	"
Garmisch	"	- 1	75 cm	Ski u. Kobel gut
Schneefarnh.	"	- 4	200 (2)	verweht
Grindelwald b. G.	"	- 19	30 cm	Pulverschnee

Irgendwie nennenswerte Schneefälle sind vorerst noch nicht wahrscheinlich, doch besteht die Möglichkeit, daß sich im Verlaufe der Weihnachtstage ziemlich verbreitete Schneefälle einstellen, die zunächst in den Gebirgen des mittleren Deutschlands auftreten und dann südwärts weitergreifen.



Der erste Weg — zum Arzt
Der zweite Weg — zu **Stoss**

Taunusstraße 2

Artikel zur Krankenpflege 406
Leibblinden, Gummistrümpfe, Bandagen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 10 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“.

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Kell; für Unterhaltung, Stob-
nachrichten und den übrigen Schriftteil: E. Gänther; für die Anzeigen und
Reklamen: H. Dornau, Jmdsch in Wiesbaden.
Druck und Verlag des E. Schellensberg'schen Verlagsbureaus in Wiesbaden.

Abenteuer im Hamburger Hafen.

Eine Reportage aus der Wirklichkeit / Von Karl Ey.

18. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der rasende Liebhaber in den „Sieben Sünden“.

Wir verließen die Trachendude, um uns nach der Senegalstraße zu begeben und vorerst in der Nähe der „Sieben Sünden“ die Lage zu erforschen. Willy, die nicht den geringsten Verdacht erregen konnte, freilich der alte Martens konnte den Freunden Salaabradas auch kaum im Zusammenhang mit der Rio-Fahrt verdächtig vorkommen, wurde vorausgeschickt.

Die Hafentrassen lagen wieder in einem mülhigen Nebel, genau wie am Montag, vor vier Tagen, als ich den Mitleiderleben verließ, um in der Vorstadt der Welt unterzutauchen. „Das wird heute bannig dießig“, brummte Martens, während wir in der halben Dämmerung dahinschlurften. „Wie hast du dir denn nun den Schloßplan eigentlich gedacht?“

„Das will ich dir sagen, Martens. Du gehst erst einmal in die „Sieben Sünden“ und triffst einen an der Theke und fischst dich ein bißchen um, ob der Wirt mit dem goldenen Ohrring oder der Salaabradas, der Bruder von dem Kapitän, weißt du, zu sehen sind. Sieh dir auch die Gäste an. Ob die Mehrzahl Hafenhändler oder anständige Arbeiter sind. Ich warde in der Nähe und du kommst mir dann Bescheid sagen. Wenn Willy richtig verstanden hat, so haben wir ja noch knappe zwei Stunden Zeit.“

Martens nickte und schweigend setzten wir unseren Weg fort, wobei ich mehr wie einmal wegen meiner zerfurchtenen Nase den trefflichsten Spott der weiblichen und männlichen Hafenswelt einstecken mußte. Der Spott war aber gutmütig, ein Zeichen, daß keiner der Kommentatoren große Lust zeigte, ernsthaft mit mir anzuhängen. Ich galt wahrscheinlich als Raubbold. Und auch das schien mir ein gutes Omen für mein bevorstehendes Unternehmen zu sein.

An der Ecke der Senegalstraße lag ein großes Lokal, eine Filiale der stadtbekannten Bernberg-Brennerei. Dort regierten schleiende Kauschweiser in aufgeklopften Hemdsärmeln. Man füllte zwar jeden Durst, aber man sah auf ruhiges Benehmen. Dort würde ich keinen Überfall von Salaabradas und Konjunkten zu befürchten haben und dort wollte ich mich aufhalten, bis Martens mit seinem Bericht aus den „Sieben Sünden“ zurückkam. Willy fand schon an der Ecke und schaute in ein Zigarrengeschäft, wobei sie mich aus den Augenwinkeln verächtlich anlächelte. Ich wies auf die Bernberg-Filiale und sie nickte verständnisvoll.

Als ich in diesem Lokal an die Theke trat und einen Kämmer mit Bier verlangte, zeigte der Schankkellner keinerlei Bewegung. Er rief sich wohl schmerzhaft über das Kinn, ließ das eine Auge zu, sagte aber nur „Gute Besserung“, als er mir die Gläser hinstellte und die 35 Pfennig einzog.

Ich selbst aber sah mich jetzt in der grellen elektrischen Beleuchtung zum erstenmal in die Brustbild in dem Vorspiegel.

Die lebhaften Farben meines rechten Auges, des Striemen an der Wange waren noch kräftig nuanciert. Keine Nase glänzte rot und blau mit getrockneten grünlich-violetten Färbungen (wie die Kehrlasse eines Affens im Zoo), während die unteren Partien meines Gesichtes durch ein freibames Stoppelfeld verdeckt waren.

Der erste Bericht.

Diese selbstgefälligen Betrachtungen im Büfettspiegel wurden bald durch das Eintreffen Martens' unterbrochen, der sich neben mich schob und den Versuch machte, mich wie eine zufällig ange-troffene Bekanntschaft zu begrüßen.

Dieser Versuch war aber ein glattes Fiasko, denn der alte ehrliche Schiffer verstand vielleicht außer seinem Beruf noch viele andere Dinge, aber nicht das Kunststück der Verstellung. Ich zog ihn an einen der kleinen Tische, von denen um diese Zeit nur wenige mit unbedächtigen Hafenarbeitern besetzt waren und hörte seinen Bericht.

Der Wirt aus den „Sieben Sünden“ habe in vollem Ausgehörat hinter der Theke gestanden und angelegentlich, aber unverständlich mit dem schlampigen Kellner geredet. Darauf sei er an den Tisch getreten, wo drei junge Leute saßen und habe diesen einen gleichfalls geküßten Auftrag gegeben, auf welchen das Trio offenbar bereitwillig eingegangen sei. Er habe die jungen Leute nach dem Hinterzimmer begleitet, und als Martens die Toilette aufsuchte, hörte er die Stimme des Wirts, die sagte: „Das Fräulein interessiert sich nämlich so für Seegeschichten. Unterhaltet sie nur, denn bald fährt sie nach drüben.“

Außer den drei jungen Leuten wären noch zwei Hafenarbeiter im Lokal gewesen, die die „Vollzeitung“ lasen und Pfeife rauchten. Ich fragte Martens ob er glaube, die jungen Leute, die der Wirt in das Hinterzimmer führte, würde gegen das Mädchen judringlich werden.

„Ne“, meinte er, „danach sah es gar nicht aus. Ich glaube, sie sollen nur aufpassen, daß niemand herein kommt und das Mädchen im Zimmer aufhalten, ohne daß es etwas von der Bewachung merkt.“

Der zweite Bericht.

Nach der Erklärung Martens war ich mir völlig klar darüber, daß Willy richtig gehört hatte und daß die angebliche Frau Doktor tatsächlich heute Abend mit dem jungen Mädchen an Bord der „Montezuma“ gehen wollte.

Die einzige Frage, die mir noch Zweifel machte war die, ob das junge Mädchen tatsächlich Jerngard sei. Würde Jerngard sich ohne weiteres im Hinterzimmer der „Sieben Sünden“ mit drei jungen Leuten aus dem Hafen unterhalten? Nach ihrem Brief zu urteilen: Ja: Denn hatte sie nicht mit einer gewissen freudigen Erwartung davon geschrieben, daß sie und die Frau Doktor in ein richtiges „Hafenkonzert“ überfallen wollten. Für Jerngard würde auch diese Episode den Stempel abenteuerlicher Romantik tragen. Und im Grunde hatte sie, wenn sie so dachte, ja auch nur zu recht.

„Sei mal, Martens, wir können doch nicht einfach in die Bude laufen und mit den drei Bäckern Streit anfangen. Angenommen, der Wirt geht fort, Salaabradas ist auch nicht da und nur der Kellner wäre außer den drei jungen Leuten als Hausgarde vorhanden, wie würdest du dir dann die Aktion vorstellen?“

„Na“, sagte Martens und kratzte seinen Kopf, „das ist man so 'ne Sache. Ich würde ja mit Liebe reinhauen. Aber besser

wäre es, die drei jungen Leute zu überreden, das Mädchen gehen zu lassen.“

„Und wenn das Mädchen nicht will?“

„Ja, dann muß man ein bißchen Gewalt gegen das Fräulein anwenden.“

„Glaubst du, daß der Kellner schießen würde?“

„Ich bewahre. Das getraut er sich nicht. Wenn wir aber dort in der Bude Krach schlagen und Gewalt anwenden, dann kann uns die Polizei auf den Hals kommen, und das ist man sonne eilige Sache.“

„Im Notfall fahst du doch mit an, Martens?“

„Mar. Darauf kannst du spucken.“

In diesem Moment kam Willy in das Lokal und an unseren Tisch.

Sie schlenkerte so gelassen heran, als ob kein Geheimnis der Welt sie bedrückte und doch legen uns ihre Worte in sofortige Bewegung.

Willys Bericht lautete kurz und bündig:

„Eben ist Salaabradas, der Wirt und die weißhaarige Frau durch den Privatgang weggegangen nach der Reeperbahn zu. Ein Fräulein war nicht dabei. Und den Chauffeur von vorher traf ich eben wieder, als er sich Zigaretten holte. Er soll schon um sieben Uhr vorfahren.“

In den „Sieben Sünden“.

Es war jetzt halb sechs nach der Kneipenzeit.

Martens und ich standen gleichzeitig auf. Ich sagte noch zu Willy:

„Willy, daß vor der Tür auf. Wenn du Salaabradas und den Wirt zurückkommen siehst, kommst du rein und warst uns. Wenn du schießen hörst, holst du die Polizei.“

Die Augen des schlampigen Kellners hinter der Theke der „Sieben Sünden“ wurden ganz gelb wie Bernstein und seine faltigen Wangen schgrau, als er uns in das Lokal treten sah.

Martens bestellte mit ruhiger Stimme zwei „Lüttje Lager“ und wir saßen an der Theke Posto.

Im Lokal saßen wie immer noch die beiden Hafenarbeiter, von denen Martens erzählt hatte und die er jetzt, wahrscheinlich nicht ohne Absicht, zu einem Glas Bier einlud, das der Kellner mit einer unbeschreiblichen zwiespältigen Miene an den Tisch brachte.

„Ich will mal eben austreten“, sagte ich zu Martens und wollte mich nach hinten begeben, als der Kellner stehend einwarf: „Toilette ist gesperrt. Die Leitung ist kaputt.“

„Lüg doch nicht so“, rief Martens dem Kellner zu und langte wie spielend über die Theke, wobei er den Mann mit einem festen Griff an der Weste packte. Martens rief dann den Hafenarbeitern zu:

„Drei Kunden, Kollegen, wenn ich hier den Gasthof nicht mit einer Hand zehn Minuten halten kann.“

Während ich nach hinten ging, bemerkte ich noch, daß die beiden Arbeiter lachend zur Theke traten und ihre Biere über den wütenden Kellner rissen.

(Fortsetzung folgt.)

Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Eigentümerin (Stadtgemeinde Wiesbaden) und im Auftrag des Amtsgerichts Wiesbaden werden am

Samstag, den 2. Januar 1932, 15 (nachm. 3) Uhr in der **Gartenhalle des Gasthauses „Zum Tannus“** in **Wiesbaden-Kambach**

folgende in der **Gemarkung Wiesbaden-Kambach** belegene Grundstücke durch den Unterzeichneten öffentlich freiwillig meistbietend versteigert:

a) Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Scheune, Stallungen usw. Wiesbadener Str. 3, groß 8 ar b) 43 Acker- und 4 Bielenparzellen.

Die Versteigerungsbedingungen können in der Wohnung des Unterzeichneten und bei dem Stadtvermessungsamt Wiesbaden, Kleine Wilhelmstr. 1/3, Zimmer 3, während der Dienststunden eingesehen werden und werden im Termin bekanntgegeben.

Anschließend werden durch die Stadt Grundbestandsverwaltung noch 9 Ackergrundstücke der Gemarkung Wiesbaden-Bierstadt öffentlich freiwillig versteigert. Wiesbaden-Kambach, 19. Dezember 1931. F124a

Das Ortsgericht:
H. Zerbe, Ortsgerichtsvorsteher.

Billige Autofahrten ins Feldberggebiet!

Die Deutsche Reichspost veranstaltet erstmalig am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag sowie bei geeigneten Schneeverhältnissen jeden Sonntag, 8.30 Uhr, ab Neues Museum, Sonderfahrten ins Feldberggebiet. Hin- und Rückfahrt 3 RM. Sportgerät frei.

Auskunft und Anmeldung durch:

Lloydreisebüro J. Chr. Glücklich
Wilhelmstraße 56 und
Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie
Kaiser-Friedrich-Platz 3 4942

Das vorzüglich und prompt wirkende Naturprodukt NEDA-Früchtewürfel gegen Darmträgheit

NEU ist die maschinelle Verpackung in kaschierter Aluminiumfolie zu 1 und 3 Würfel verpackt, welche ein Austrocknen verhindern. Haltbarkeit und Wirksamkeit erhöhen. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern.

Eduard Palm, München N. 13

Statt Karten.

Die Verlobung unserer Tochter
Christa mit Herrn Regierungs-
baumeister a. D. Dipl.-Ing. **Ernst**
Blackert beehren wir uns an-
zuzeigen.

Generalarzt a. D. **Dr. Schulz**
u. Frau, Sise, geb. Lindemann

Wiesbaden, Weihnachten 1931.

Schützenstraße 3

Christa Schulz
Dipl.-Ing.
Ernst Blackert
Regierungsbaumeister a. D.

Verlobte

Adeheidstraße 68

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen

Lisa Heuser
Ralf Reichmann

Wiesbaden
Zimmermannstr. 4

Wingendorf
b. Frankenstein Sa.

Weihnachten 1931.

Statt Karten.

Karl Kannaneck
Käthe Kannaneck
geb. Rott

Vermählte.

Wiesbaden-Schierstein

Weihnachten 1931.



Niemals, auch nicht vor dem Kriege, waren

Schuhe billiger

Niemals bot sich Ihnen also eine günstigere Gelegenheit, schöne u. solide Schuhe mit ganz geringen Geldmitteln anzuschaffen.

Praktische Winterhilfe für jedermann, das ist unser

Weihnachtsverkauf
Schuhhaus
Drachmann

Neugasse 22 P. u. 1. Stock

Wegen Platzmangel in unseren Fenstern ist es uns unmöglich, alle Schuhwaren auszustellen, wir bitten um zwangsl. Besichtigung

Besuchskarten

L. Schellenberg'sche
Hofbuchdruckerei
Wiesbadener Tagblatt



Das glühende Erleben für Millionen Deutsche.
Yock

Wochentags bis 5 Uhr nachmittags.
Einheitspreis 75 Pf.

Erfinder - Vorwärtstrebende.

10 000 Mk. Belohnung.

Näheres kostenlos durch

F. Erdmann & Co., Berlin SW II F182

Zahnarzt

Dr. Adams

Kaiser-Friedrich-Ring 58

verreist

vom 24. Dez. 31 — 4. Jan. 32

Zahnpraxis

Paul Augustat

Ecke Moritzstraße

u. Adeheidstraße 34

Fernruf 26488

Plomben Brücken, Zahnst. ss

bei n. d. r. s. e. r. e. r. e. d. n. g.

Warmwasser

Lein wärmer

von 0.50 an

Gebr. Fliegen

Wagmannstraße 37

Ecke Goldgrasse

Bismardring 25, 2. Hof,

m. 3. m. 2. Seiten zu n.

Städtische Kurverwaltung

Ein Kurhaus-Abonnement?

Für das ganze Jahr zahlen Sie . . . nur RM. 40.-
Beikarte hierzu . . . nur RM. 20.-

Dabei noch günstigste Zahlungsbedingungen

Dafür haben Sie

Sämtliche Konzerte frei
Lesezimmer mit 300 Zeitungen frei
Benutzung der Bibliothek und Lexikon frei
Aufenthalt im Kurhaus und Kurgarten frei
Aufenthalt im Spielsaal und Konversationsaal frei

Ermäßigungen zu vielen Sonderveranstaltungen wie Bälle, Tanzees usw. usw.

Bitte rechnen Sie einmal

Bei RM 40.- Jahresabonnement kostet Sie jedes Konzert noch nicht 10 Pfennige, für Ihre Frau weniger als 5 Pfennige. Alles andere haben Sie frei. Dazu kommen die vielen Ermäßigungen. Und Sie haben immer noch kein Kurhaus-Abonnement?

F566



England betet für die Erhaltung des Friedens.

Friedenspropaganda auf den Stufen der St.-Pauls-Kathedrale in London während des Friedensgottesdienstes. In der Londoner St.-Pauls-Kathedrale fand in Anwesenheit zahlreicher Kabinettsmitglieder und Mitglieder aller Parteien des Ober- und Unterhauses ein Friedensgottesdienst statt, der von dem Erzbischof von Canterbury, dem höchsten anglikanischen Geistlichen Südens, geleitet wurde.

Völkerbundarchitektur.

Bauform und Inhalt des neuen Genfer Palastes.

Unser Genfer Vertreter schreibt uns:

„Genf gehört zu den Städten, die man nicht liebt, aber achtet.“ Irgend eine geistreiche und vielgereifte Britin des achtzehnten Jahrhunderts hat das einmal geschrieben und es stimmt noch heute. Es ist ja eigentlich alles da, was man wünschen kann: herrliche, heitere und zugleich ernste Lage an schäumendem Fluß, spiegelndem See, majestätische Bergketten im Hintergrund; schöne Parks und Villenviertel; Gewerbetreibende, aber keine durch Rauch und Lärm lästige Industrie; eine hübsche, niemand aufdringliche Bevölkerung. Ein nie aufhörender, Fremde aus allen Erdteilen durcheinanderwirbelnder Verkehr — und dennoch fragen sich alle, die nicht hier geboren und doch gezwungen sind, hier zu wohnen: Warum hat man gerade diese Stadt zur „Hauptstadt der Welt“, zum Sitz des Völkerbundes erwählt? Man fühlt, wenn man nicht das Glück hat Genf zu sein, keine innere Verbindung zu Genf. Hier fehlt der magische Zauber, den andere Städte ausstrahlen. Die Bauten haben in Genf keine hervorragenden Werke geschaffen. Man darf nicht an Basel, Bern, Zürich denken. Im allgemeinen herrscht in den älteren Bauten Gedrungenheit, schonungslose Rücksichtslosigkeit. Die neueren Bauten sind banal, zum größten Teil Nachahmungen französischer und italienischer Renaissance. Solche Nachahmungen verunglücken immer.

Genfs Beruf als internationale Stadt ist auf Henri Dunant zurückzuführen, den Begründer des Roten Kreuzes und Anreger der Genfer Konvention, die Menschlichkeit auch in der Kriegsführung bringen will, aber vielmehr, wie man heute sagen muß, bringen wollte. Es ist Henri Dunant, der 1910 starb, erpicht geblieben, die vielfache Nachachtung seines menschlichen Gedankens im Weltkriege zu erleben. Der Gedanke des Völkerbundes wäre sicher in seinem Sinne gewesen, aber man muß ihm wohl Glück dazu wünschen, daß er die etwas mangelhafte Verwirklichung dieses Gedankens nicht mitanzusehen braucht. Der Völkerbund, nun einmal in Genf eingerichtet, hat beschlossen, diese Stadt nicht mehr zu verlassen. Er hat Pläne, die ihn nach Brüssel oder Wien verlegen wollten, zurückgewiesen, wobei wohl hauptsächlich die Rücksicht auf die politische Mentalität der Schweiz ausschlaggebend war. Und um den Willen des Bleibens in Genf zu befunden, baut er sich jetzt mit dem Aufwand von vielen Millionen Schweizer Franken — in diesem Augenblick wohl die teuerste Devisen des Erdballs! — ein monumentales Palais. Als Bauplatz hat bekanntlich Genf dazu den Ariana-Berg hergegeben, von welchem bisher inmitten reizender Gartenanlagen nur ein kleines Museum zum tief gelegenen See hinabstaut. Die Errichtung des Palastes in diesem wenig dafür geeigneten Parkgelände macht riesige Erdbewegungen erforderlich, um breite Avenuen zu schaffen, die Zugänge eröffnen und das riesige Gebäude von allen Seiten mit monumentaler Wirkung repräsentieren sollen. Merkwürdigerweise hat man den Baugrund nicht genügend geprüft gehabt und ist bei den Gründungsarbeiten nicht nur auf wasserführende Schichten gestoßen, die kostspielige Entwässerungsanlagen notwendig machen, sondern man mußte auch feststellen, daß der alte Felsgrund sich in ganz ungleichmäßigen Tiefen findet. Die veranschlagten Baukosten werden daher ganz empfindlich überschritten werden. Das hat viel leicht insofern sein gutes, als man sich bei den Kosten für die Ausschmückung der Fassaden und der inneren Räume zu einer dem Geschmack wohlthuenden Sparsamkeit genötigt sehen wird. Das riesige Gebäude, dessen Ausführung fünf Architekten übertragen ist, soll nach dem Willen des Bauherrn, also des Völkerbundes, nicht so sehr den Zwecken praktischer Arbeit entsprechen, als „repräsentieren“. Um sich eine Vorstellung von den Ausmaßen zu machen, geben wir die des Hauptsalaals: ein Quadrat von 45×45 Metern mit abgeschragtem Eden, Galerien und von einer Höhe von 20 Metern, die der eines vier- bis fünfstöckigen Hauses gleichkommt.

Alle, die die Pläne gesehen haben, sind sich darüber klar, daß die Architektur des Palastes etwas Aufgedornertes haben wird. Etwas Phrasenhafes, könnte man sagen, wenn das Bild in der Baukunst statthaft wäre. Und da muß man die Frage aufwerfen: Hat unsere Zeit den Beruf, die Gedanken des Weltfriedens und der Völkerverständigung in einem Baukunstwerk auszudrücken? Schon vor dem Weltkrieg haben wir das Mißraten einer solchen Absicht im Haager Friedenspalast erlebt, in diesem Konglomerat aller Baustile, dieser ungewöhnlichen Behausung des Friedensgedankens. Das ist ja kein Zufall. Jedes Kunstwerk ist Verwirklichung innerer Vorstellung. Künstler ist, wer seine Vorstellung verwirklichen kann. Er muß von ihr ganz erfüllt, ganz durchdrungen sein. So erging es den Meistern der

Gotik, des Barocks, um nur diese Stile zu nennen. Sie waren erfüllt von diesen himmelanstrebenden oder breitausschweifenden Ideen, denen Bauwerke wie die nordfranzösischen und deutschen Kathedralen, wie die spanischen und österreichischen Klöster Ausdruck verleihen. Aber der Friedensgedanke lebt eben nicht. Er wird gedacht, aber nicht erlebt. Darum kann er auch die Baumeister nicht zu Schöpfungen hinführen, die der Welt verkünden: Hier ist eine Burg, ein Tempel des Friedens! Hier ist die Stätte, an der alle Nationen einig sind in dem Gedanken, einander niemals zu schädigen, sich zu Rat und Hilfe zu versammeln, die Waffen der Gewalt von sich zu tun und Kämpfe nur noch mit den Waffen des Geistes zu führen. Die Welt wird noch warten lernen müssen, bis dieses Bauwerk geschaffen wird, geschaffen werden kann. Und das wird wohl nicht eher geschehen, als bis die Not, wie Hölderlin es gelungen hat, eines Tages „mit dem heiligen Wetterstrome“ das vollbringt, was den Jahrtausenden nicht gelungen ist.

Keine Munitionslager im Alten Schloß zu Stuttgart.

Beileidskundgebungen aus dem Reich.

Die Polizei teilt mit: In der Presse ist behauptet worden, im Alten Schloß sei Munition in großen Mengen explodiert bzw. gerettet worden. Tatsächlich wurde Munition irgendwelcher Art im Schloß überhaupt nicht gelagert. Beim Ausbruch des Brandes befand sich im Alten Schloß lediglich die Pistolenmunition, die an die dort untergebrachten Polizeitruppen ausgegeben worden war. Diese Munition ist nun fast allen Beamten mitgenommen worden. Es kann nur wenig Munition zurückgeblieben und explodiert sein. Munitionslager waren aber nicht vorhanden. Im Laufe des Mittwochvormittags sind eine Menge Beileidskundgebungen aus allen Teilen Deutschlands und auch aus dem Auslande eingelaufen. Der württembergische Staatspräsident hat den Familien der drei beim Brande ums Leben gekommenen Feuerwehrleute die Teilnahme der württembergischen Regierung ausgesprochen und in den verschiedenen Hospitälern den dort untergebrachten Verwundeten einen Besuch abgestattet.



Der Thronfolger von Abessinien erhielt die Taufe im Jordan.

Asfau Wolan Haile Selassie, der Kronprinz von Abessinien (X) mit seinem Gefolge am Jordanufer, wo er zusammen mit seiner Schwester, die auf unserem Bilde neben ihm rechts steht, durch den koptischen Bischof von Abessinien (links) die Taufe im Wasser des heiligen Flusses erhielt.

Die Sühne für die Unruhen auf Cypern. Geldstrafen.

Narnafa, 23. Dez. Auf Grund eines heute veröffentlichten Wiedergutmachungsgesetzes werden die Städte und Gemeinden auf Cypern, die sich an den Unruhen beteiligt haben, mit einer Geldstrafe von insgesamt 34 000 Pfund Sterling belegt. Diese Strafen werden in Form von Steuern von allen orthodoxen Christen, mit Ausnahme der Beamten und der Regierungsmitglieder, eingezogen werden. Die Stadt Nicosia, der Hauptherd der Unruhen, hat 14 000 Pfund Sterling zu zahlen.

Das Einsturzungsglück im Vatikan.

Ein vierter Toter geborgen. — 15 000 Bände vernichtet.

Nach einer amtlichen Mitteilung sind bei dem Einsturzungsglück in der vatikanischen Bibliothek ungefähr 15 000 Bände vernichtet worden, von denen nur ein Teil aus Reservebeständen ersetzt werden kann. Es fehlt zum Beispiel der größte Teil seltener Werke über Deutschland. Bei den Aufräumarbeiten in der zusammengefallenen Bibliothek ist die Leiche eines vierten Vermissten geborgen worden.

Selbstmord eines Elfjährigen. Aus Essen a. d. R. wird gemeldet: Mittwochvormittag wurde von einem Bahnwärter etwa 200 Meter östlich des Bahnhofes Kray-Süd auf den Schienen die Leiche eines Knaben gefunden. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich um einen Elfjährigen aus Kray handelt, der sich aus Furcht vor Strafe vor den Zug geworfen hatte.

Eine indische Erbschaft. Der Pariser „Matin“ berichtet über die Regelung einer märchenhaften indischen Erbschaftsangelegenheit, die jetzt einer Reihe glücklicher Erbberechtigter zu Gute kommen soll. Es handelte sich um die Nachkommen eines Jean Reiner, der im Jahre 1707 in Luxemburg geboren wurde. Reiner trat in die Dienste der französischen Armee unter Ludwig XV. und wurde später Gouverneur des Distrikts in der indischen Kolonie. Ludwig XVI. machte ihn in Anerkennung für seine treuen Dienste zum Besitzer ausgedehnter Ländereien, die später nach dem Tode von Reiner von den Engländern konfisziert wurden. Der Wert dieses Besitztums wird auf 275 Millionen Franken geschätzt. Unter den 58 Erbberechtigten soll sich — immer nach dem erwähnten Pariser Blatt — auch der deutsche Reichsfinanzier Dr. Brüning befinden, der sich auch seinerseits für die Herausgabe des im Jahre 1778 konfiszierten Vermögens interessiert haben soll. In dieser Angelegenheit sei kürzlich ein Urteil ergangen, das sich für die Ansprüche der Erbberechtigten ausspricht.

Eindrehen unterhöhlen eine Bank und Sprengen den Tresor. Aus Los Angeles wird gemeldet: Eine Eindrehbande grub während mehrerer Tage einen unterirdischen Gang bis zum Tresorraum der Security National Bank. Dann sprengten die Banditen mittels Dynamits die Stahl-tresors und entwendeten eine Summe von 15 000 Dollar. Die Angestellten hatten ein dumpfes Geräusch in den Keller-räumen gehört; doch konnten sie infolge der Sprengwirkungen nicht in die Tresore gelangen. Die Räuber sind entkommen.

Entführt, um Lösegeld zu erhalten. Aus Kansas City wird berichtet: Großes Aufsehen erregt im mittleren Westen die Entführung von Frau Nellie Donnelly, der Gattin des wohlhabenden Fabrikanten von Kansas City. Frau Donnelly ist spurlos verschwunden und anscheinend von Banditen in ihrem eigenen Kraftwagen entführt worden. In der Wohnung fand man einen Zettel, in dem die Banditen eine Lösegeld von 75 000 Dollar verlangen. Sie drohen, im Falle der Nichtbezahlung oder im Falle eines Vorgehens der Polizei Frau Donnelly zu töten. Außerdem soll dann der Chauffeur der Entführten ohne weiteres getötet werden. Eine wörtlich gleiche Mitteilung ging an den Senator Reed, der der Anwalt der Familie Donnelly ist und versuchen will, Spuren der Entführten zu finden. Der Gatte der Entführten würde es jedoch vorziehen, das Lösegeld zu bezahlen, um jede Gefahr von seiner Frau abzuwenden, während die Polizei, die durch Reed verständigt ist, nach Wegen sucht, um unter Umständen doch der Banditen habhaft zu werden.

Treibendes Wrack gesichtet. Der englische Dampfer Somersby meldete, daß er auf 30,25 Grad Nord und 14,55 Grad West (also nördlich der kanarischen Inseln) einen Stahlmotorjunker treibend gesichtet habe. Das in Seenot befindliche Schiff habe keine Menschen an Bord gehabt.

